

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Vierteljährlich 4,50 RM, monatlich 1,50 RM.  
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne  
 Nummern 10 Pfennig. Postbezug:  
 Monatlich, vom Postamt abgeholt  
 1,50 RM, vom Briefträger ins Haus ge-  
 bracht 1,64 RM. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
 8.— RM, für das übrige Ausland  
 4,50 RM monatlich. Versand ins Feld  
 bei direkter Bestellung monatlich 1,80 RM.  
 Postbestellungen nehmen an: Däne-  
 mark, Holland, Preussische Provinzen,  
 Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die  
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.  
 Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Vorwärts“.

**Anzeigenpreis:**  
 Die feinsten halben Solonetzzeilen  
 20 Wg. „Alte Anzeigen“, das  
 festgedruckte Wort 20 Wg. (zählend  
 2 festgedruckte Worte), jedes weitere  
 Wort 15 Wg. Die erste Seite und  
 die ersten Zeilen der ersten Seite  
 20 Wg., jedes weitere Wort 10 Wg.  
 Die zweite Seite zahlen für  
 zwei Worte. Leertextzuschlag 50%.  
 Familien-Anzeigen, politische und  
 gewerkschaftliche Berichte - Anzeigen  
 50 Wg. die Zeile. Anzeigen für die  
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
 nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin  
 SW. 68, Lindenstraße 3, abgeben  
 werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis  
 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 19. Juni 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Der Schlag der Gegenrevolution.

## Die russische Gegenrevolution. Sieg in Westsibirien.

Die Rolle, die von den tschecho-slowakischen Truppen in Rußland übernommen wurde, war noch nicht, wie es schien, ausgefüllt. Eine Ententemeldung letzter Tage ließ schon erkennen, daß mindestens ein immerhin beachtenswerter Teil dieser Truppen den Weg nach Wladivostok gefunden hat, woraus sich vermuten ließ, daß andere Truppen noch irgendwo an der sibirischen Bahn in Bewegung sein dürften. Das ist in der Tat der Fall. Wie jetzt bekannt wird, stehen sie sogar an einer für die Bolschewiki höchst wichtigen Stelle und zwar als aufständische und siegreiche Masse. Ein verspätet eingetroffenes Telegramm der Petersburger Telegraphen-Agentur verschweigt nicht — wenn es auch nur zögernd die schlimme Wahrheit nennt — daß die Gegenrevolution des Bürgerturns, gestützt auf jene Tschecho-Slowaken, es zu einem militärischen Siege gebracht hat, der schwere politische Folgen haben kann. Das Telegramm lautet:

Der Kampf mit der Gegenrevolution wird infolge des entschlossenen Widerstandes der slowakischen Truppen und der revolutionäreindlichen Bewegung kleiner Teile des russischen Bürgertums schwieriger. Aus Wensa zurückgeworfen, sind die Tschecho-Slowaken auf Syzran marschiert und haben sich der großen Wolgabrücke bei dieser Stadt und somit der Hauptverkehrsader nach Sibirien bemächtigt. Professor Prokofy Waz, Vertreter des tschechischen Führers Masaryk, hat die Aufständischen aufgefordert, den Widerstand gegen die Sowjettruppen aufzugeben. Die telegraphische Verbindung mit Omsk, Tomsk und Irkutsk ist unterbrochen.

Die Lage ist aber noch schlimmer als dieses Telegramm erkennen läßt. Den Bolschewiki ist in den Gebieten ihrer militärischen Niederlage alsbald auch die politische Gewalt aus den Händen gerissen worden. Bei der Sowjetregierung in Moskau ist von zwei Vorposten in Sibirien folgende Stobspost durch Funkpruch eingegangen:

„Die Bolschewiken in Sibirien sind gestürzt. Die interimistische sibirische Regierung hat die Herrschaft angetreten. Sie wird eine Konstituante einberufen, die Beschluß zu fassen hat über die politische Gestaltung Sibiriens und die das Verhältnis Sibiriens zu Rußland klarlegen soll. Die sibirische Regierung ist bereit, Rußland mit Brot zu versorgen, aber nur unter der Bedingung, daß der Rat der Volkskommissare keine militärischen Maßnahmen gegen Sibirien unternimmt.“

Die Maßnahmen, die der Rat der Volkskommissare für Ende Mai getroffen hat, um dem immer deutlicher sich ankündigenden Stöße zu begegnen, sind also zu spät ergriffen worden oder haben verfehlt. Ob nur einstweilen, wird sich zeigen. Leicht wird es eben nicht sein, ein riesiges Gebiet, wie das von der Gegenrevolution besetzte, das zudem das bedrohte Ostsibirien gefährdend von Moskau trennt, zurückzuerobern. Aber die Sowjetregierung setzt sich zur Wehr, wie folgender im Anschluß an den Funkpruch mitgeteilte Aufruf Lenins „An alle“ erkennen läßt.

Lenin teilt in dem Aufrufe mit: Der Rat der Volkskommissare werde mit der Gegenrevolution nicht verhandeln. Es seien bereits Truppen gegen Sibirien unterwegs. Er wendet sich in energischer Sprache gegen die Franzosen und versichert, daß es den russischen, tschechischen und französischen Imperialisten nicht gelingen werde, die russische Revolution durch Hunger zu besiegen. Die Befehle von Samara, Omsk und Nowo-Nikolajewsk sind zu gegeben. Nach Meldung der „Brawda“ vom 13. Juni stehen die Tschecho-Slowaken bei Samara unter Führung eines französischen Obersten Selittier. Lenin äußert gegen die Tschechen den Verdacht, daß sie sich von englischen und französischen Börsenkreisen unterstützen lassen. Im Wolga- und Uralgebiet und in einigen sibirischen Bezirken ist die Mobilmachung der fünf letzten Jahrgänge angeordnet, in Moskau die Mobilisierung der Artillerie und der Ingenieurtruppen der gleichen Jahrgänge. Bewachung unsicherer bürgerlicher Kreise und nötigenfalls die Verhängung strenger Strafen ist angeordnet. Lenin gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Erfolge der Gegenrevolution in Sibirien nur von kurzer Dauer sein werden, und daß es dem Räte der Volkskommissare gelingen werde, die Umtriebe von Tschechen und sibirischen Gegenrevolutionären lahmzulegen.

Die Kundgebung Lenins steigert die Proteste, die Tschitscherin seit Wochen als Rat der auswärtigen Angelegenheiten gegen die Entente zu richten Anlaß fand, zu feindlicher Schärfe. Das wird, wenn es der Regierung der Sowjets ge-

An der Piave vorwärts bis zum Kanal  
 Fojebba — Feindliche Gegenstöße ge-  
 scheitert im Montello-Gebirge, beiderseits  
 der Brenta, südlich von Asiago — Bis-  
 her 30 000 Gefangene, über 120 Ge-  
 schütze erbeutet — Feindliche Angriffe  
 südwestlich Albert, nördlich der Aisne,  
 nordwestlich Chateau-Thierry.

Berlin, 18. Juni 1918, abends. Amtlich.  
 Von den Kampffronten nichts Neues.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 18. Juni  
 1918. (W. T. V.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Seezugsgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die feindliche Artillerie entwickelte in einzelnen Abschnitten in Flandern, beiderseits der Yser, zwischen Arras und Albert rege Tätigkeit. Nach heftigem Feuerüberfall griff der Feind gegen Witternacht südwestlich von Albert an. Er wurde abgewiesen und ließ Gefangene in unserer Hand.

#### Seezugsgruppe Deutscher Kronprinz.

Südwestlich von Royon und südlich der Aisne lebte die Artillerietätigkeit in den Abendstunden auf. Zeitvorstöße des Feindes nördlich der Aisne und nordwestlich von Chateau-Thierry wurden abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister,  
 Lubendorff.

### Der österreichische Bericht.

Wien, 18. Juni 1918. Amtlich wird verlautbart:

Die Schlacht in Venetien nimmt ihren Fortgang. Die Armee des Generalobersten Freiherr von Burm gewann an zahlreichen Stellen Raum; ihr Südflügel erreichte in zähen Kämpfen den Kanal Fojebba. Generaloberst Erzherzog Josef hatte seine Erfolge im Montello-Gebirge aus. Italienische Gegenstöße scheiterten. An drei Kampfzügen wurden in diesem Gebiet 73 italienische Geschütze eingebracht, darunter zahlreiche schwere Kaliber. Beiderseits der Brenta rannte der Feind abermals vergeblich gegen unsere neuen Stellungen an. Ebenso erfolglos verliefen südlich von Asiago mehrere englische Angriffe. Die Zahl der Gefangenen ist auf 30 000 gestiegen, jene der erbeuteten Geschütze auf mehr als 120. Die Beute an Minenwerfern und Maschinengewehren sowie sonstiger Kriegsmittel ist noch nicht gezählt.

Der Chef des Generalstabes.

lingt, den jetzt losgebrochenen Sturm zu brechen, die wichtige politische Seite der Sache sein. Darauf ist die „Zweijta“ am letzten Freitag mit folgender Äußerung eingegangen:

„Die Einmischung unserer Bundesgenossen gegen die Räteregierung wird lediglich die breiten Massen gegen die neuen Vergewaltiger aufbringen und eine Lage schaffen, wie die Ukraine sie den Deutschen schuf. Wenn die Bundesgenossen in Rußland gegen Deutschland kämpfen, so werden sie als Eindringlinge betrachtet werden, die uns feindliche Ziele verfolgen. Der Sturz der Räteregierung würde nur Deutschland zugute kommen. England würde damit den Deutschen den Weg nach Indien, Mittel-Asien und Sibirien eröffnen. Die Einmischung bedeutet letzten Endes den endgültigen Bruch der Bundesgenossen in Ost und West.“

Nach einer Moskauer Meldung vom 15. Juni veröffentlicht die russische Presse jetzt die Note Tschitscherins an den englischen, amerikanischen und französischen Vertreter, worin gegen das Verweilen von Ententekriegsschiffen in russischen Häfen protestiert wird.

### Die Entente raubt den russischen Schiffsraum

Helsingfors, 15. Juni. „Hufvudsbladet“ meldet, daß Moskauer Nachrichten zufolge alle in amerikanischen und englischen Häfen liegenden russischen Fahrzeuge beschlagnahmt worden seien. „Kowaja Schijn“ berichtet, daß acht der größten und besten Dampfer der Russischen Freiwilligen-Flotte in den ostasiatischen Gewässern genommen worden seien und die übrigen den Befehl erhalten hätten, nicht in See zu gehen. Die Kommission für Auswärtige Angelegenheiten hat hiergegen Protest eingelegt.

## Ein Ohnmachtsbekenntnis der Regierung.

Die Rede, die in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses der Sprecher der Sozialdemokratie, Genosse Braun, zum Etat des Ministeriums des Innern hielt, ist nach mancher Richtung hin beachtenswert. Sie zeigt, daß auch während des Krieges der Geist der preussischen Verwaltung auf vielen Gebieten durchaus rückständig geblieben ist. Gewiß ist der Minister Dreows ein Mann, der sich in mancher Beziehung zum Vorteil von seinen Vorgängern unterscheidet. Aber in dem Mechanismus der preussischen Verwaltung wirkt die Person eines einzelnen Ministers kaum weiter als etwa an einer Taschenuhr die Stellschraube, die den Gang des Werkes reguliert. Man kann mit ihr wohl erreichen, daß die Uhr am Tage fünf oder zehn Minuten schneller geht, aber nicht, daß sich die Zeiger mit doppelter Geschwindigkeit um das Ziffernblatt drehen.

Das liegt in der Natur der Sache. Minister kommen und gehen, niemand weiß, wie lange ihres Bleibens ist. Fest dagegen sitzen die Regierungsräte, Landräte und Amtsvorsteher, die zahlreichen Räder und Zwischenräder des Uhrwerks. Sie lassen ihren Retardandogang nur wenig beeinflussen, mag auch der Stellzeiger einen großen Winkel nach Aulerando beschreiben. So kommt es, daß auch unter der Ära Dreows der preussischen Verwaltung noch recht häufig der Geist der Bevormundung und der kleinlichen Schikane gegen unbequeme Richtungen zu finden ist. Und schließlich kann auch der Minister selber von dem Bortwurf nicht freigesprochen werden, diesem Geist mitunter in bedenklicher Weise unterlegen zu sein.

Das zeigt z. B. sein Verhalten in der Frage der Kriegervereine und der Organisation der Kriegsteilnehmer. Wir haben seinerzeit den Erlaß des Ministers Dreows an die Regierungspräsidenten veröffentlicht, der eine nicht zu billige behördliche Einmischung in die Organisationsfrage der Kriegsteilnehmer darstellt. Herr Dreows verübelt es uns, daß wir seinen Erlaß außerhalb des Zusammenhangs veröffentlicht haben. Aber durch den von Herrn Dreows angegebenen Zusammenhang wird die Sache auch nicht besser. Als Ursache seines Erlasses stellte es Herr Dreows hin, daß infolge der allenthalben erfolgten Gründung von Kriegsbeschädigtenorganisationen sich zahlreiche Personen an seine Landräte um Rat (?) gewandt hätten, wie sie sich zu diesen Vereinen stellen sollten. Eine solche Raterteilung betrachtet Herr Dreows als durchaus zu den Pflichten des Landrats gehörig.

Wir können es, selbst wenn dieser Sachverhalt zutrifft, ganz und gar nicht als Aufgabe der Regierung betrachten, den Staatsbürgern Ratsschlüsse darüber zu geben, wie und wo sie sich organisieren sollen. Zumal, wie der ministerielle Erlaß deutlich zeigt, eine solche Raterteilung immer auf die Begünstigung einer bestimmten Richtung hinauslaufen muß. Herr Dreows beklagt die Zersplitterung in der Kriegsteilnehmerbewegung. Die beklagen wir auch. Aber es ist Sache der Kriegsteilnehmer, nicht der Regierung, diese zu beseitigen. Und ist es nicht schließlich etwas sehr auffällig, wenn derselbe Minister, der im Parlament die Zersplitterung der Bewegung bedauert, in seinem Rundschreiben zu einer neuen Zersplitterung durch einen noch zu gründenden „Bund der Feldgrauen“ anreizt? Den „Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer“ hat Herr Dreows in seinem Rundschreiben als parteilich, sozialdemokratische Organisation angegriffen. Treffend hat Genosse Braun darauf hingewiesen, daß diese Organisation, soweit sie sich mit öffentlichen Dingen befaßt, nichts weiter verlangt, als was der Minister selber in der Wahlrechtsfrage forderte, nämlich die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Kriegsteilnehmer. Herr Dreows beruft sich zur Begründung seiner Behauptung allein auf seine „Eindrücke“. Aber er hat bereits angegeben, daß diese Eindrücke möglicherweise falsch sind und er gegebenenfalls seinen Irrtum offen bekennen würde. Was ist das nun für eine väterliche behördliche Beratung, die Ratsschlüsse erteilt, noch ehe sie sich halbwegs ausreichend über die Tatsachen informiert hat!

Auch mit der Verteidigung des Erlasses des Regierungspräsidenten in Opatowitz operierte Herr Dreows sehr unglücklich. Der Regierungspräsident kündigte ein Vorgehen gegen die Werbetätigkeit des „sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes“ an, aber es ist ihm zweifelhaft, ob man jetzt vorgehen sollte; denn der Minister halte es zurzeit nicht für ratsam, in der jetzigen Zeit einen gerichtlichen Austrag herbeizuführen. Damit ist ein gerichtliches Vorgehen nach dem Kriege gleichsam offiziell in Aussicht gestellt. Herr Dreows verteidigte sich damit, daß die Autorität des Vereinsgesetzes nicht durch seine pöhlige Außerachtlassung gemindert



Werden dürfe. Aber schließlich ist doch eben erst die Novelle zum Reichsvereinsgesetz ergangen, durch die die Gewerkschaften ausdrücklich von den Bestimmungen für politische Vereine befreit werden.

Aber waren dies auch schlechte Antworten, die der Minister auf berechtigte Beschwerden erteilte, so waren es doch wenigstens Antworten. Einen geradezu trostlosen Eindruck aber machte es machen, wie sich der Minister einer Beantwortung des Groß der vom Genossen Braun vorgebrachten Beschwerden zu entziehen suchte. Genosse Braun hatte ein gewaltiges Anlagematerial gehäuft über die Art und Weise, wie Zensur, Vereins- und Versammlungsrecht in Preußen gehandhabt werden. Wir können hier nur auf die nachfolgende Darstellung seiner Rede verweisen.

Auf alles dieses aber erklärte Herr Drews, lieber habe ich nicht antworten zu können. Die Zensur liege in der Hand der Militärbehörden, ihre Beipredung gehöre in den Reichstag. Soweit es sich um Vergänge auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts handele, trage er wohl die Verantwortung für die Maßnahmen der ihm untergeordneten Stellen, aber nur soweit diese nicht auf Weisung der Militärbehörden gehandelt hätten. Woran man erkenne, ob eine preussische Verwaltungsbehörde auf eigene Verantwortung oder auf Anweisung der Militärbehörden in Tätigkeit tritt, das hat der Minister leider nicht verraten. Und somit bleibt es durchaus im dunkeln, für welche Maßnahmen Herr Drews die Verantwortung übernehmen will.

Dieser Standpunkt bedeutet eine völlige Ohnmachtserklärung der Zivilregierung. Sie achtet damit zu nichts anderes zu sein, als das bloße Vollstreckungsorgan der militärischen Befehlshaber. Ob dies eine Rolle ist, die einer Zivilregierung, die sich doch immerhin auch „Regierung“ nennt, würdig genannt werden kann, darüber wollen wir mit Herrn Drews nicht streiten, denn wir fühlen uns nicht berufen, die Würde der preussischen Regierung zu wahren.

Aber es handelt sich hier nicht um die Würde der Regierung, sondern um die Interessen des Volkes. Die Militärregierung ist in Preußen das Vollzugsorgan, das — wenn auch unter dem Dreiklassenwahlrecht nur in bescheidenem Maße — allein für seine Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden kann. Lehnt nun dieses Organ die Verantwortung ab, erklärt es offen seine Ohnmacht gegenüber einer anderen Stelle, die sich vor diesem Parlament nicht zu verantworten braucht, so ist ein Zustand geschaffen, der allen Grundfahnen des modernen Verfassungsrechts zuwiderläuft. Das ganze Reden hat keinen Zweck mehr, wenn die Stelle, die als angebliche Regierung vor dem Parlament auftritt, schließlich erklärt, sie sei gar nicht die Regierung und trage für nichts die Verantwortung.

Was Minister Drews vor dem Abgeordnetenhaus erklärt hat, bedeutet letzten Endes nichts weiter als das Geständnis, daß in Preußen eine Zivilregierung heute nicht oder nur pro forma besteht. Ein neuer Beweis, wie notwendig die Aufhebung des Belagerungszustandes ist. Wir betonen auch bei dieser Gelegenheit, daß die fortdauernde Ausdehnung des Belagerungszustandes über das ganze Bundesgebiet auch der rechtlichen Grundlage entbehrt.

Heute haben wir in Preußen nach dem eigenen Geständnis des Ministers keine verantwortliche Zivilregierung. Aber gerade jetzt brauchen wir sie doppelt dringend. Das zeigt nicht nur die Rede des Genossen Braun, das zeigt vor allem auch das Schicksal der Wahlreform, die von Lesung zu Lesung verschleppt wird, ohne daß die Regierung hierauf mit der sofortigen Auflösung des Hauses antwortet.

## Die Rede des Genossen Braun und die Antwort des Ministers.

Hg. Braun (Soz.): Wir sehen einen sich redenden Zustand der öffentlichen Moral. Es wird hingewiesen auf die schließlichen Eisenbahnverhältnisse und auf die steigende Kriminalität der Jugendlichen. Nach einer amtlichen Statistik sind in Preußen vom 1. Oktober 1916 bis zum 30. November 1917 nicht weniger als 487 726 Vergehen gegen die Lebensmittelschriften abgeurteilt worden, wobei nur die allerwenigsten Sünden geurteilt werden. Wir sind so auf dem Gebiet allzumal Sünden. Jeder diese Zustände helfen und auch SO Aufführungen des nach Dr. Sch. so moralischen „Dreimäderlhauses“ nicht hinweg kommen können der Hg. v. Lieberer sogar das Standgericht für gewisse Vergehen. Solche Mittel vom Kaiserhof und der Polizei im Kampf zu vertragen aber naturgemäß gegenüber einem so tiefgehenden sozialen Problem, wie demjenigen, aus dem die heutigen Zustände hervorgehen. Der Anreiz des Erwerbssinnes ist durch den Krieg in einem Maße gefördert worden, daß die Gewinnlust sich über alle Schranken hinwegsetzt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auf allen Gebieten herrscht der Wucher. Eine betrübendste Kriegsgewinnmacherei wie bei den Daimlerwerken ist keine Ausnahme. Selbst öffentliche Körperchaften haben sich dem Drang nach dem Verdienen nicht anzicheln können. Der Kreis Juch. v. Belgig mit die halbe Million für seinen Schlosskauf aus den Vertriebsüberschüssen der Kriegswirtschaft stellen nehmen. Wo machen diese gemeinnützigen Einrichtungen ganz unerbörliche Profite! Vor dem Berliner Kaufmannsgericht wurde letzten Sonntag, daß arme Leute Kleidungsstücke bei der Kleiderverwertungsgesellschaft nur kaufen können, wenn sie die Verkäufer durch Trinkschüler schmieren oder durch Lebensmittel bestechen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Die Sucht nach Profit hat alle Volksteile ergriffen und setzt sich über alle Schranken hinweg. Die Verbrechen zeigen die verminderte Wirkung des Krieges, den gewisse Beamten ein Stahlbad und einen Jungbrunnen nannten. Coketium und Vaterlandsliebe sind heute vielleicht nur noch drücken im Schützengraben anzutreffen, aber schon in der Gruppe hebt die Gewinnlust das Haupt, um sich mit jedem Meter Entfremdung zur abstoßenden Profitgier zu verstärken. Man raube, man stiehlt, man raubt heute — angefangen

### von Suchthäuser bis zum ehemaligen Kammerherrn,

der die armen Heimarbeiter um den verdienten Lohn betrügt und Millionen einheimisch. Solange der Krieg dauert, wird das nur immer schlechter werden. Wenn dazu noch die Kriegsverleumdung wüßte Propaganda der Vaterlandspartei kommt und die Verleumdung des gleichen Wahlrechts, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn in den arbeitenden Massen die Bitterung ungeheuerlich wird, die im Januar in dem großen Streik zum Ausdruck kam. Als ich im Ausschuss über den Streik sprach, wurde der Presse verboten, meine Ausführungen wiederzugeben. Irgendein Spieß, der leider nur unter den Mitgliedern des Hauses oder den Vertretern der Regierung gewesen sein kann — denn andere Personen hatten keinen Zutritt —, mußte im Oberkommando etwas von dem Inhalt meiner Ausführungen, natürlich in seiner Auffassung, mitteilen; dabei und dieses verbot die Wiedergabe meiner Ausführungen. Tagelang konnten die gegen mich gerichteten Ausführungen des Ministers und der Konservativen abgedruckt werden, so daß der Öffentlichkeit ein Verbot geboten wurde. Am nächsten Tage erklärte der Minister tatsächliche Mitteilungen für unbenutzbar, wenn jede Berührung dabei unterbleibe. Später aber

ließ er halbamtlich bekanntgeben, daß Verbot der Veröffentlichung meiner Rede das sei mit seiner grundsätzlichen Auffassung. (Hört! hört! b. d. Soz.) Er hat sich damit zum Schlichter für die ganz ungerechtfertigte Zensurmaßnahme gemacht.

Die Zensur wirkt geradezu wie ein Zwang der Unwahrhaftigkeit und Heuchelei. Indem man Tatsachen unterdrückt, täuscht man die Öffentlichkeit. Redigierten Hochblättern wurde die Aufnahme von Artikeln des Salvarsongegners Dr. Drews verboten. (Hört! hört! b. d. Soz.) Und dabei hatte der Minister zuvor proklamiert, daß wissenschaftliche Meinungsäußerungen in der Salvarianfrage frei seien. Irgendein Zensurleutnant bei irgendeinem Generalkommando fängt plötzlich an, die Wissenschaft zu forrieren. Das Oberkommando in den Marken hat am 2. März 1918 die Veröffentlichung von

### Luitungen über Geldleistungen von Heeresangehörigen zur Förderung politischer Zwecke

verboten. Es soll eben der Eindruck von der Stimmung an der Front, den uns kürzlich Graf Spee suggerieren wollte, nicht durch Luitungen gestört werden, die beweisen, wie viele Soldaten aus dem Felde zu dem sozialdemokratischen Fonds zur Förderung des Friedens und des Kampfs für das gleiche Wahlrecht beitragen. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Der kommandierende General in Stettin scheint durchaus von alldemokratisch-konserverativem Partisanismus befangen zu sein. Der Stettiner „Vollbote“ hat darunter außerordentlich zu leiden. Er wurde für drei Tage verboten wegen eines Artikels, der in zahlreichen Zeitungen ungehindert abgedruckt worden ist, und dann unter Zensur gestellt. Alles, was der konservativen Partei, der Vaterlandspartei und den Anhängern unangenehm ist, wird dort herausgeholt. Der Redner führt einige Beispiele dafür an. Auf der anderen Seite darf in der konservativen Presse Scheidemann eine wohlgezielte Kugel gewünscht und dürfen in der „Arbeitszeitung“ die Arbeitermassen, die das gleiche Wahlrecht haben wollen, dem Gestand gleichgestellt werden. In Königsberg verurteilt der alldemokratisch-liberale Zensur unserer Vaterlandspartei, wenn er die „Allgemeine Zig.“ zu sehr angreife, zu der der Zensur nicht nur in politischen, sondern auch in sonstigen Beziehungen steht. Und schließlich wurde das Blatt wegen eines Artikels gegen die nationalliberalen Ruralwahlrechtsmänner auf drei Tage verboten. Das Verbot wurde auch darauf angesetzt, daß das Blatt eine Aufforderung veröffentlicht hatte, der sozialdemokratischen Partei der Vaterlandspartei zum Trost beizutreten. (Hört! hört! links.) Die Vaterlandspartei darf solche Aufforderungen in Massenform verbreiten. Sie kann sich auch allen anderen politischen Richtungen gegenüber die weitestgehenden Berücksichtigungen erlauben; sie kann die Anhänger des Verfallens als mit anglo-amerikanischem Gelde befohlen hinstellen.

Was die politische Betätigung der Beamten anbelangt, so sind wir natürlich für vollkommene Freiheit der Beamten in dieser Beziehung. Wir können uns daher sogar den gegen den Mißbrauch der Dienstgewalt zugunsten der Vaterlandspartei gerichteten Erlass des Ministers nicht ganz zu eigen machen. Wir halten die ganze Einrichtung der politischen Beamten für eine sehr unglückliche. Im Ausschuss ist nun der Antrag Fußmann dahin ausgelegt worden, daß die Beamten nicht auch die Freiheit haben sollen, sich etwa der Sozialdemokratie anzuschließen. Da also für die Beamten nicht die Freiheit nach jeder Richtung gefordert wird, werden wir den Antrag ablehnen.

Auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts sind in der ersten Zeit des Krieges die kleinlichen polizeilichen Schikanen etwas zurückgetreten, aber mehr und mehr treten sie wieder auf. Ein vertraulicher

### Erlaß des Regierungspräsidenten in Opatowitz

spricht von der Werbetätigkeit der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften und der polnischen Berufsvereine. Es wird gesagt, es sei zweifelhaft, ob man jetzt gegen die sozialdemokratischen Organisationen vorgehen soll, bei der polnischen Vereinigung sei ein Vorgehen abzuwenden. Ein Vorgehen gegen die sozialdemokratischen Verbände halte der Minister zurzeit nicht für ratsam, besonders solle möglichst von Strafverfolgungen abgesehen werden, um nicht jetzt einen gerichtlichen Ausbruch herbeizuführen. (Hört! hört! bei den Soz. und Polen.) Die freien Gewerkschaften werden hier wieder als sozialdemokratische Verbände hingestellt, und nur für jetzt und zurzeit wird ein Vorgehen gegen sie abgelehnt. Wahrscheinlich nimmt man an, daß jetzt die Gefahr besteht, die Polizeibehörden könnten von den Gerichten rekrutiert werden. Will man nach dieser Zeit wieder Schikanen gegen die Gewerkschaften vorgehen? Auf einer Kriegervereinstagung wurde berichtet, daß mit Hilfe des Ministeriums des Innern und einiger Generale es gelungen sei, den Wund der Mitter des Eisernen Kreuzes tot zu machen. (Hört! hört! bei den Soz.) Ist das die Aufgabe des Ministers? In einem Erlaß vom 13. April 1918 nimmt

### der Minister Stellung zur Kriegervereinsbewegung

und zu den Organisationen der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten. Da wird der „Autnerische“ Reichsbund als ausgesprochen parteipolitisch hingestellt. Offenbar geschieht das nur deswegen, weil im Vorstand auch Sozialdemokraten sitzen. Bei dem Münchener Verband ist die Parteibezeichnung des Leiters nicht angegeben — das war allerdings ein Reichsrat Kaiser von Preußen. Im Vorstand des Reichstags sitzt jetzt auch ein Sozialdemokrat, ist er deshalb eine parteipolitische Körperschaft? Der Minister folart den parteipolitischen Charakter viellecht daraus, daß diese Organisation auf einigen Versammlungen sich für das gleiche Wahlrecht in Preußen ausgesprochen hat, also sich auf den Standpunkt des Ministers gestellt hat! (Sehr gut! bei den Soz.)

Die Kriegervereine sind jetzt bestrahlt, die Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten einzufangen; sie suchen das verlorene Gelände zurückzugewinnen und die Hilfe der Behörden dafür zu erhalten. Zwar hat man den Ausschluß der Sozialdemokraten aufgehoben, aber man hat eine Formel gefunden, mit der man in Zukunft alle sozialdemokratischen Mitglieder doch wieder ausschließen kann und wird. Die Kriegervereine werden und sollen in Zukunft Sturmkolonnen der konservativen Partei sein. Deshalb hat sich die Regierung von ihnen fernzuhalten, und die Behörden sollen davon Abstand nehmen, irgendeine Vereinsgründung auf diesem Gebiet zu fördern. Man sollte endlich brechen mit der altpreussischen polizeilichen Bevormundungssucht. Statt dessen aber versucht man letzten, die Gründung einer Ortsgruppe des Reichsbundes in Anse dadurch zu verhindern, daß ein Major a. D. auf die Leute einzuwirken strebt, und schließlich indem man den Saalbesitzer einschüchtern versucht. In Versammlungen der Vaterlandspartei aber werden die Soldaten kompanieweise kommandiert. (Hört! hört! b. d. Soz.)

Die Polizeiverwaltung in Ragmit in Ostpreußen verlangte zur Genehmigung einer sozialdemokratischen Versammlung über Verfallensangelegenheiten. Wahlrecht und Sozialdemokratie die Einreichung des Manuskripts der Rede. In diesem wurden dann Änderungen und Streichungen vorgenommen und schließlich wurde zwar die Versammlung genehmigt, aber die Verbreitung der Einladungen dazu verboten! (Hört! hört! links.) In Oberösterreich werden zwar Vereinsversammlungen gestattet, aber politische Angelegenheiten dürfen nicht besprochen werden. Oeffentliche Wahlrechtsversammlungen werden vielfach verboten, ich selbst durfte vor acht Tagen in Moedeburg nicht über die Wahlrechtsfrage sprechen. So manche Organe der Regierung lassen sich zu willkürlichen Handlungen der militärischen Willkürherren herabwürdigen. Diese empörenden Vorgänge erregen eine Erbitterung, die für unser Vaterland die größte Gefahr bedeutet. Das Gefühl der Rechtlosigkeit wird dadurch immer mehr und mehr vergrößert. Das Volk verliert den Glauben, daß es auf diesem Gebiete besser wird, um so mehr, als das Dreiklassenparlament, in dem die Wurzel aller Übel liegt.

Die Wahlrechtsvorlage bisher verstopfen und verhandeln konnte und das gleiche Wahlrecht dem Volke brutal verweigert. Ohne befriedigende Lösung der Wahlrechtsfrage gibt es keine Ruhe in Preußen, jetzt nicht und noch dem Krieg nicht. Vor einiger Zeit

sagte a. Oldenburg: Wenn in Preußen das gleiche Wahlrecht eingeführt wird, haben wir den Krieg verlieren. Das Dreiklassenparlament steht den Junkern viel höher als das Vaterland; sie würden lieber eine Niederlage im Krieg in den Kauf nehmen, als daß das Dreiklassenparlament befreit wird. Nach vier hundert Jahren erklärte ein preussischer Junker: Lieber 10 Schlachten von Jena als ein Oktober 1918! Das ist die preussische Bauern von der Reichseigenschaft befreit. Das von Ihnen beschlossene Wahlrecht ist praktisch unbedenklich. Sie benutzen es als demagogischen Wahlrecht, mit dem Sie glauben, bei der bevorstehenden Neuwahl Geschäfte machen zu können. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich fordere die Regierung auf, durch baldigste Auflösung des Hauses, dafür zu sorgen, daß die große Mehrheit des Volkes ihren Willen zum Ausdruck bringen kann. (Beifall bei den Soz.)

Präsident Graf v. Schwerin-Kosiv rügt die Worte des Vorredners, daß seine Ausführungen im Ausschuss dem Oberkommando durch einen Spieß übermittelt worden seien. Dies sei eine schwere Verleumdung entweder von Abgeordneten oder von Regierungsbeamten.

Minister des Innern Dr. Drews: Die Zensur liegt nicht in der Hand der Zivilbehörden, sondern ausschließlich der Militärbehörden. Ich habe keinen Einfluß darauf. Beschwerden gehören in den Reichstag vor dem Kriegsminister. Der Minister bespricht dann die Regelung des Versammlungsrechts im Krieges. Oeffentliche politische Versammlungen werden in der Kriegszeit überhaupt nicht zugelassen. Das ist auch berechtigt. Würden Ausnahmen für einzelne Fragen gemacht, so würden sich andere Parteien darauf berufen. (Zurufe: Vaterlandspartei! Otkmarken-Partei!) Kleinlicher Polizeigeist sollte vermieden werden. Vor Wahlen werden öffentliche Versammlungen zugelassen. Die Presse wendet den Erlässen aus dem Ministerium des Innern erneute Aufmerksamkeit zu. Sie drückt sie trotz des Papiermangels ab. Meine Erlasse haben die Oeffentlichkeit nicht zu scheuen, aber man beachtet dabei die Zusammenhänge nicht. Die Organisationen der Kriegsbeschädigten leiden an Zersplitterung. Ich hatte bisher den Eindruck, daß der Reichsbund parteipolitische Zwecke verfolgt und die Kriegsteilnehmer in das sozialdemokratische Lager ziehen will. Nachgrinsen hat mir der Reichsbund seinen Standpunkt brieflich dargelegt, möglicherweise werde ich meine Ansicht demnächst revidieren. Eine Bewegung irgendeiner Organisation findet nicht statt. Es ist falsch, bei dem Lobe unseres Volkes einzelne Volksteile herauszuheben. Alle, reich und arm, tragen zur Erhaltung des Vaterlandes bei. Wenn dieser Optimismus in die Friedenszeit hinüberreicht, werden wir allen Gefahren mit Zuversicht entgegengehen können. (Beifall.)

## Einrichtung eines ukrainischen Nahrungsmittelrats.

### Regelung der Aufbringung und Ausfuhr nach den Mittelstaaten.

Kiew, 17. Juni. Der deutsche und der österreichisch-ungarische Vorkommissar unterzeichneten heute gemeinschaftlich mit dem ukrainischen Ministerpräsidenten ein Abkommen über die Einrichtung eines ukrainischen Nahrungsmittelrats, der für das ganze Gebiet der Ukraine einheitlich die Aufbringung der Nahrungs- und Futtermittel zu regeln und die Versorgung der in der Ukraine stehenden Truppen, der Städte und der Industriezentren der Ukraine sowie die Ausfuhr nach den Mittelstaaten zu übernehmen hat.

## Die bulgarische Kabinettskrise.

Die bulgarische Telegraphenagentur teilt mit: Der Rücktritt des Ministerpräsidenten Radoslawow ist die Folge einer teilweisen Ministerkrise. Zwei Minister der Stambulowischen Gruppe, nämlich der Minister der öffentlichen Arbeiten Petkow und der Eisenbahnminister Kozmitsch hatten wegen Meinungsverschiedenheiten in inneren Fragen ihre Demission gegeben. Infolgedessen befand die Regierung sich in der Minderheit. Obwohl die Sobranje gegenwärtig keine Tagung abhält und die Regierung somit keine Schwierigkeiten zu befürchten hatte, hielt sich Ministerpräsident Radoslawow genau an die Vorschriften der Verfassung und bot seine Demission an, um der Krone die Möglichkeit zu geben, andere parlamentarische Gruppen zu befragen.

Dieser offiziöse Kommentar zum Rücktritt des Kabinetts Radoslawows macht eine Andeutung über den Ursprung der Krise. Meinungsverschiedenheiten in inneren Fragen werden für den Rücktritt der beiden Minister, der den Karren ins Abseilen gebracht haben soll, ins Feld geführt. Es ist aber doch hinreichend bekannt geworden, daß die Norddobrudscha-Frage, die in Bulgarien zu erheblichen Ausbrüchen der Mißstimmung führte, die Ursache des Rücktritts der beiden Minister war, die zur Stambulowgruppe gehören. Aus der teilweise Krise ist jetzt eine ganze Krise geworden, weil es Radoslawow nicht gelang, die gerissene Lücke auszufüllen. Eine Fraktion der Bauerhändlergruppe sagte ihm zwar Unterstützung in der Sobranje zu, lehnte aber den Eintritt ins Ministerium ab. Auch von einem Verlust der Verständigung mit einer der beiden Sozialisten-Fraktionen ist die Rede, aber auch der blieb erfolglos.

Wenn wirklich Uneinigkeit über innere Fragen die Krise herbeigeführt hat, so wird man schon die Befürchtung der Opposition beachten müssen, daß Radoslawows Macht durch die Anglegerung Mazedoniens eine gewaltige parlamentarische Stärkung erfahren werde. Radoslawows Erklärung, mit der vor Jahresfrist erfolgten Kriegserklärung Griechenlands stehe Bulgarien das Recht der Einverleibung aller der Gebiete zu, die Griechenland 1913 im Balkanverträge erhielt, wird den Anhang Radoslawows in Mazedonien ganz erheblich emporetreiben. Die Stambulow-Partei muß annehmen, daß die Radoslawowisten (die jetzt fünf Sitze im Ministerium neben zwei Stambulowisten, zwei Tomitschewisten und einem parteilosen Minister innehaben), ihr vollends über den Kopf wachsen, so daß sie ihrer Hilfe nicht mehr bedürfen. Daß solche Befürchtungen die Opposition beranzelt haben können, dem Minister beizugehen ein Vorn zu stellen, ist wahrscheinlich, und so müßte sie den günstigen Zeitpunkt reichlicher Zustimmung gegen die Regierung ausnützen. Der König ist nunmehr wegen Bildung eines neuen Kabinetts mit Persönlichkeiten wie dem früheren Ministerpräsidenten Geshow und dem Führer der demokratischen Partei in Verbindung getreten.

### Rundgebungen gegen das Kondominium in der Norddobrudscha.

Sofia, 18. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die Wälder veröffentlichten eine Erklärung des Oberauschusses des Dobrudschabundes, die sich in scharfen Ausdrücken dem bereits telegraphisch gemeldeten Einspruch des Nationalrates von Sabadag gegen das in dem neuen Friedensvertrag von Bukarest für die nördliche Dobrudscha festgesetzte Kondominium anstellt.

Sofia, 18. Juni. Die ganze bisherige Opposition, mit Ausnahme der doktrinären Sozialisten (10 Abgeordnete), schlägt den Demokratenführer Ralinow als Uchj des zu bildenden Kabinetts vor. Man glaubt, daß ihm die Krone den entsprechenden Auftrag erteilen werde.



# Lebensmittelnöte in Oesterreich.

Einer Abordnung von Sozialdemokraten, die wegen der Kürzung der Brotration für die Wiener Bevölkerung vorstellig wurde, erklärte Ministerpräsident v. Seidler, daß von den zivilen wie von den militärischen Stellen alles nur Erdenliche unternommen würde, um die getroffene Verfügung zu vermeiden. Seit der Erschöpfung der heimischen Vorräte sei Oesterreich auf Zufuhren aus der Ukraine und Beharabien angewiesen, die jedoch gegenwärtig infolge der Störung der Ausbringung unbefriedigend seien. Naturgemäß habe man sich bemüht, um Ausbissen zu beschaffen, namentlich seitens Deutschlands, das jedoch selbst im gegenwärtigen Zeitpunkt, knapp vor der neuen Ernte genötigt sei, eine Kürzung seiner Brotration vorzunehmen und daher begreiflicherweise mit den eigenen Vorräten haushälterisch gehen wolle. Sonntagabend sei noch der Minister Paul nach Berlin gereist und es bestehe immerhin die Hoffnung, daß deutscherseits im Sinne der im Mai getroffenen Vereinbarung gewisse Transporte an Oesterreich abgegeben würden. Der Ministerpräsident hofft, daß die Periode der Verringerung der Brotquote so kurz als möglich sein werde. Er versicherte schließlich, daß die Regierung alle Vorkehrungen getroffen habe, um die Erhaltung der heranreifenden Ernte so rasch als möglich durchzuführen.

Das B. L. V. bemerkt dazu: „Die Abgabe von Brotgetreide aus deutschen Beständen ist ausgeschlossen.“ Das Straßenernährungsamt dürfte sich aber in anderer Weise um die Erleichterung des gespannten Verhältnisses in Oesterreich bemüht haben, so daß der österreichische Ernährungsminister Dr. Paul leidlich zufrieden sein und nicht mit leeren Händen in Wien ankommen dürfte.

Wien, 18. Juni. Die Verkürzung der Brotration hat in der gesamten Monarchie ungeheure Erregung hervorgerufen. Alle Blätter ohne Unterschied der Parteirichtung nehmen schärfste Stellung gegen diese Maßnahme und fordern deren beschleunigte Beseitigung und die Heranziehung Deutschlands und Ungarns zu augenblicklicher Hilfeleistung. Der Wiener Arbeitererrat tritt heute um 6 Uhr abends im Eisenbahnhof zu einer entscheidenden Sitzung zusammen, in der Beschluß der schwerwiegendsten Natur gefaßt werden dürften. Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs richtete einen dringenden Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen, die Beschlüsse des Wiener Arbeiterrats abzuwarten und sich jeder Ausschreitung und Arbeitsstörung zu enthalten, und teilt gleichzeitig mit, daß der Parteivorstand beschlossen habe, schärfsten Protest gegen die Verkürzung der Brotration einzulegen und jede Verantwortung für die Konsequenzen dieser Maßnahme abzulehnen.

## Parlamentseröffnung in Rumänien.

### Die Thronrede.

Bukarest, 17. Juni. Die vom König bei Eröffnung des Parlaments in Jassy gehaltenen Thronrede lautet:

Meine Herren Senatoren, meine Herren Abgeordneten, ich empfinde wie immer lebhaftest Befriedigung darüber, mich in der Mitte der Vertreter der Nationen zu befinden. Vor kurzem aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen, bringen Sie mir die wirklichen Empfindungen des Landes über die schweren Entschlüsse, die unserer sorgfältigsten Prüfung unterliegen, mit. Auf seine eigenen Mittel angewiesen, hat das Land voll Ebelmut und höchstem Patriotismus die Mühe seiner tapferen Söhne geopfert. Aber eine Verlängerung des bewaffneten Widerstandes hätte seine Kräfte bis zur Vernichtung erschöpft, und Rumänien hat den Frieden geschlossen, der sich ihm wie eine Lebensbedingung aufdrängte. Der Friedensvertrag wird unverzüglich gemäß den Bestimmungen der Verfassung der geschicklichen Körperlichkeit zur Billigung unterbreitet werden. Er erlegt offenbar schmerzliche Opfer auf, aber das rumänische Volk wird sie mit jener Mannhaftigkeit prüfen, die eine genaue Erfassung des Staatsinteresses angeht und der wirklichen Lage versteht. Danken wir indessen dem Himmel, wenn gerade in der Stunde dieser Prüfungen das Gefühl der Massengemeinschaft das schöne moldauische Land, das dem Boden der Väter entrissen worden war, zum Mutterlande zurückgeführt hat, um seine Arbeitskraft und seinen Glauben an die Zukunft zu erhöhen. Die gute Aufnahme, die dieses große Ereignis bei den Mächten, mit denen wir über den Frieden verhandeln, gefunden hat, hat den Weg geöffnet für die Wiederherstellung unserer Freundschaft, wie sie in der Vergangenheit bestand. Indem wir gute Beziehungen mit den anderen Ländern aufrecht erhalten, werden wir versuchen, mit den neuen in Bildung begriffenen Staaten normale nachbarliche Beziehungen wieder aufzunehmen.

Der weitere Teil der Thronrede spricht zusammenfassend von den inneren Reformen. Nach Erörterung der Umänderungen der Verwaltungs-, Gerichts- und Unterrichtsorganisation wird „volles Vertrauen“ ausgesprochen, daß das Parlament die Uebergangsmassregeln, so radikal sie auch sein mögen, zur Erleichterung ihrer Vorbereitung und ihrer schnellen Verwirklichung bewilligen wird. Die Agrarreform soll vor jeder anderen Verfassungsänderung durchgeführt werden, um die unteren Schichten der Nation zu wirklichem politischen Leben erwecken zu können.

In einer vor dem Zusammentritt des Parlaments von den Mitgliedern der Regierungsmehrheit abgehaltenen Beratung betonte Ministerpräsident Marghiloman, daß die Erhebung der Anklage gegen die früheren Machthaber aus der Initiative des Parlaments und nicht aus jener der Regierung erfolgen müsse.

Die Arbeiten des Parlaments sollen allem Anschein nach im Gemächtempo zur Erledigung gelangen. Marghiloman sprach davon, es würde unermüdlich gearbeitet und auch nachts würden Sitzungen stattfinden müssen.

## Schweden weist englische Gewerkschafts-Sendlinge aus.

Kristiania, 18. Juni. Reuter. Mister Chambers und Kaitaan Zupper von dem Verband der Seeleute wollten nach einer erfolgreichen Konferenz in Kopenhagen am 18. Juni nach Schweden gehen, um mit den schwedischen Seeleuten über einen neuen internationalen Verband zu verhandeln. Bei ihrer Ankunft in Gothenburg wurden sie jedoch angewiesen, Schweden mit dem nächsten Zuge zu verlassen.

# Die Schlacht in Italien.

## Der zweite Tag.

Wien, 17. Juni. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Was der erste Tag der einseitigen Offensive an der Südwestfront unseren braven Truppen an Erfolgen gebracht hatte, wurde auch gestern, allen verzweifelten Anstrengungen des Gegners zum Trotz, teils behauptet, teils unbeeinträchtigt durch alle Schwierigkeiten der unglückseligen Witterung weiter ausgebaut. Das Westufer der Piave von den beherrschenden Höhen des Montello bis hinunter ans Meer war der Schauplatz erbitterter Kämpfe, in deren Verlauf sich unsere dort operierenden Armeen in den Besitz weiteren feindlichen Geländes und der dadurch größeren Sicherheit aller bisher errungenen Erfolge setzten. Sowohl Raumgewinn im Gebiete des Montello wie auch westlich San Dona und die

Einnahme des vielumsrittenen Capoville sind die ersten Früchte des mit so unvergleichlicher Schnelligkeit und durchschlagendem Erfolg unternommenen Flußübergangs, der für die Italiener so überraschend wie bedrohlich, uns den Ausblick für alle weiteren Möglichkeiten eröffnet. Daß bei Fagore eine einzige Sturmtruppe eines Infanterieregiments 700 Mann und 9 Offiziere verschiedener Regimenter zu Gefangenen machte, gibt den zureichenden Beweis, wie sehr durch die Italienscher Heeresbericht vom 17. Juni.

Auf der Hochfläche von Asiago und auf dem Grappa beschränkte sich der Feind, der im Laufe des 15. ungeheure Verluste erlitten hat, gestern darauf, der Gegenoffensive unserer Truppen und derjenigen der alliierten Truppen, die an mehreren Punkten ihre Teilerfolge sichern und Frontberichtigungen vornehmen konnten, durch starke Feuergegnwirkung Hindernisse zu bereiten. Demgegenüber wurde die Schlacht längs der Piave mit äußerster Heftigkeit fortgesetzt. Der Gegner übte, ohne auf seine Verluste Rücksicht zu nehmen, seinen

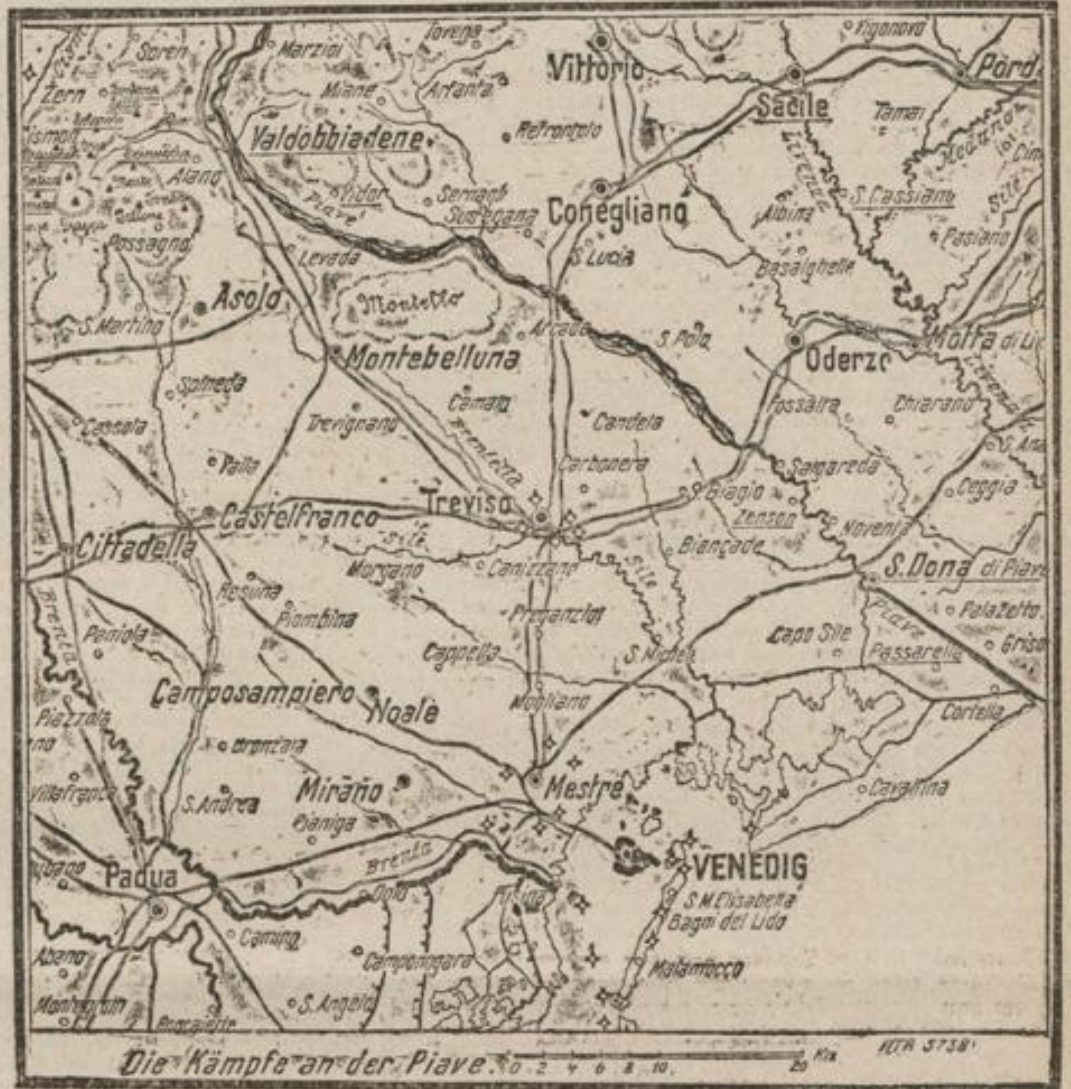
mächtigen Druck aus, um die Besitznahme des Montello zu erweitern und sich Wege in die Ebene zu sichern. Unsere Truppen beschäftigten den Feind stark auf der Linie Ciano-Gipfel des Montello-St. Andrea, hielten mutig ihre Stellungen am Flusse von St. Andrea bis Possaltia und durchkreuzten das Vorrückens des Gegners in der Kampfzone bei der Schleiße von San Dona wirksam. Die Zahl der zu Beginn der Schlacht gemachten Gefangenen erhöht sich auf 120 Offiziere und 4500 Soldaten, von denen 716 von den englischen und 261 von den französischen Truppen gefangen genommen worden sind. Die Unterstützung in der Luft machte sich trotz ungünstiger Bedingungen weiterhin stark fühlbar. 44 feindliche Flugzeuge wurden im Laufe der beiden letzten Tage abgeschossen.

Englischer Heeresbericht aus Italien. Nur geringfügige Veränderungen an der britischen Front. Der Artilleriekampf erlosch und der Feind reorganisiert sich nach seiner schweren Niederlage. Erbeutete Karten lassen erkennen, daß seine Ziele sehr weit gesteckt waren und die Eroberung des Monte Rau und der Cima di Fonte einschlossen. Die Zahl der Gefangenen er-

höhte sich auf 716, darunter 12 Offiziere. Das Gesamtergebnis an erbeuteten Kriegsgüter, das zurzeit eingebracht wird, beläuft sich auf vier Geschütze, 43 Maschinengewehre und 7 Flammenwerfer. In Anbetracht der Schwere des Geschützkampfes und der Erbitterung des Kampfes sind unsere Verluste sehr leicht. Am 15. und 16. Juni waren unsere Flieger über 800 Bomben ab und versenkten 25 000 Maschinengewehrpatronen auf die Truppen und Transporte, die die Piave zu überschreiten versuchten.

## Der dritte Tag.

Basel, 18. Juni. Die „Agencia Stefani“ verbreitet eine vom Ministerpräsidenten an den Senat und die Kammer gerichtete Mitteilung, die die militärische Lage auf Grund von Auskünften der Obersten Heeresleitung, die bis um 10 Uhr abends eingetroffen waren, folgendermaßen darstellt: Im Laufe des Tages hinderte der Feind durch einen starken Widerstand den Druck der Gegenoffensive unserer Truppen und der unserer Verbündeten auf dem Plateau von Asiago und in der Gegend von Grappa und griff längs der Piave an, um Gelände zu gewinnen und feste Brückenköpfe auf dem rechten Flußufer zu errichten. Unsere Truppen halten ihn durch ihren zähen Widerstand und durch ihre wiederholten Gegenangriffe fest in Schach.



## Die Christlichen gegen Giesberts.

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ spricht sich in seiner neuesten Nummer mit aller Entschiedenheit für das gleiche Wahlrecht aus und nimmt dabei gegen einen Führer aus den eigenen Reihen, den Reichstagsabgeordneten Giesberts, Stellung, der bekanntlich für zwei Zusatzstimmen, Alters- und Familienstimme, eintritt. Das Blatt verweist auf eine Entschließung der Christlich-Nationalen Arbeiterleitung in Eisen und stellt fest, daß Giesberts zur gleichen Stunde in Saarbrücken in einer Massensammlung ebenfalls entschieden für das gleiche Wahlrecht eingetreten sei, später aber in einem Berliner Waite für die genannten zwei Zusatzstimmen sich ausgesprochen hat. Das „Zentralblatt“ erklärt: „Wir stellen ausdrücklich fest, daß mit dem unklaren Verhalten des Kollegen Giesberts in der preussischen Wahlrechtsfrage die Christlich-nationale Arbeiterbewegung nichts gemein hat.“

Die Erhöhung des Brotpreises. Das Kriegsberährungsamt bittet uns um die Mitteilung, daß der Pfundpreis des Weiles um nicht ganz 2 Pfennige, der des Brotes um etwa 2 1/2 Pfennige im Durchschnitt erhöht werden wird.

## Letzte Nachrichten.

### Die russische Gegenrevolution.

Das Berliner Bureau der Petersburger Telegraphen-Agentur teilt mit: Der Volkskommissar Tschitscherin hat eine offizielle Erklärung an die bevollmächtigten Vertreter von Frankreich, England, den Vereinigten Staaten und Italien überreicht, in anberacht dessen, daß diese Mächte die Vertretung der Interessen der Tschecho-Slowaken in Rußland übernommen hatten. In dieser Note wird die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß die erwähnten Mächte die Notwendigkeit der Entwaffnung der Tschecho-Slowaken billigen werden, infolge der ausgesprochenen gegenrevolutionären Bewegung, die der ganze Aufstand angenommen hat.

In einer offiziellen Erklärung des Kriegsberährungsamts zum tschecho-slowakischen Aufstande wird mitgeteilt: In den allernächsten Tagen wird sich die Lage radikal verändern und die letzte Verschwörung, in die die Gegenrevolutionäre die Tschecho-Slowaken verwickelt haben, wird in aller kürzester Zeit liquidiert sein. Wenn die Operationen sich ausdehnen, so eben deshalb, weil Maßnahmen getroffen werden, um radikal den tschecho-slowakischen Aufstand, sowie auch alle anderen Aufstände, die mit ihm im Zusammenhang stehen, zu liquidieren.

Nach einer weiteren Mitteilung ist die neue sibirische Regierung in Omsk ausgerufen worden.

### Die Sowjetregierung an die Tschecho-Slowaken.

Moskau, 18. Juni. (Wiedlung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Bei der Unterdrückung der tschecho-slowakischen Erhebung ist die Regierung entschlossen, nicht nur auf die Interessen der Föderativen Sowjetrepublik, die gebietlich eine Unterdrückung des ganzen Aufstandes auf russisches Gebiet verlangen, Rücksicht zu nehmen, sondern sich auch bei ihrem Vorgehen von den Grundsätzen der Menschlichkeit leiten zu lassen, die keine Bestrafung der gesamten tschecho-slowakischen Massen gestatten, die durch die Agitation der gegenrevolutionären Eliten in das Abenteuer hineingerissen sind. In Uebereinstimmung mit den interessierten Gruppen wird die Sowjetregierung einen Plan zur Lösung der tschecho-slowakischen Frage aufstellen, sobald die Aufständischen auf ihre sinnlosen Handlungen verzichten. Auf den Schauplatz der Erhebungen werden Vertreter der Sowjetgewalt entsandt sowie Vertreter der tschecho-slowakischen Verbände, die sich der Lage bemächtigt und gegenüber dem Rußland der Sowjets loyal sind.

### Schwedische Lonnage für die Alliierten.

Amsterdam, 18. Juni. Reuter meldet amtlich: Wie bekannt, fanden seit einigen Monaten in London Besprechungen zwischen den Vertretern der verbündeten Regierungen, einschließlich den der Vereinigten Staaten, und der schwedischen Regierung statt. Diese Unterhandlungen haben nun ihren Abschluß gefunden und zu einem Abkommen zwischen den interessierten Staaten geführt, das von der schwedischen Regierung unterzeichnet und bekräftigt worden ist. Danach wird eine Anzahl schwedischer Schiffe von

insgesamt 400 000 Tonnen in den Dienst der Verbündeten übergehen. Weiter werden den Alliierten Kredite in Schweden eröffnet und die Ausfuhr schwedischer Eisenerze nach den kriegführenden Ländern geregelt. Die Einfuhr von schwedischen Holzschmitten zur Papierbereitung nach England fällt ebenfalls unter die festgesetzten Bedingungen. Die verbündeten Regierungen ihrerseits verpflichten sich, der Einfuhr bestimmter Mengen Lebensmittel und anderer Artikel, die für den schwedischen Handel und die Industrien erforderlich sind, Erleichterungen zu gewähren. Die Ausfuhr von den verbündeten Ländern nach Schweden wird jedoch einer Kontrolle unterliegen. Ferner werden Bürgschaften aufgestellt, um die Weiterleitung sowohl der importierten Artikel selbst wie der daraus angefertigten Produkte oder Gegenstände gleicher Art nach den feindlichen Ländern zu unterbinden.



# Gewerkschaftsbewegung

## Verbandstag der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter.

Am Dienstag behandelte der Verbandstag den wichtigsten Punkt seiner Tagesordnung: Lohn- und Tariffragen, in einer geschlossenen Sitzung.

Die Verbandsvorsitzende Paula Thiede schilderte die Entwicklung des Tarifverhältnisses, die zu einer Situation geführt hat, welche im wesentlichen so ist: Die Lohnzeit zwischen beiden Parteien vereinbarten allgemeinen Bestimmungen über Löhne, Arbeitszeit, Gruppeneinteilung usw. sollten eine feste Grundlage für den Abschluß örtlicher Tarife bilden. In manchen Orten aber änderten die Unternehmer beim Tarifabschluß die allgemeinen Bestimmungen zu Ungunsten der Arbeiter eigenmächtig ab, ohne daß der Vorstand der Arbeitgeberorganisation dagegen einschritt. Außer den allgemeinen Bestimmungen wurde im Jahre 1911 ein Haftungsvertrag abgeschlossen, der die Tarifbeteiligten gegen Strafe zur strengen Einhaltung der Tarifbestimmungen verpflichtete. Auch der Haftungsvertrag ist in manchen Fällen einseitig zu Ungunsten der Arbeiter und im Interesse der Unternehmer ausgelegt worden. Die Bestimmungen des Hilfsarbeiterverbandes, gemeinsam mit der Unternehmerorganisation eine Zentralinstanz zu schaffen, welche eine für beide Teile gleiche, gerechte Durchführung der Tarife gewährleistet, scheiterte an dem ablehnenden Verhalten der Unternehmerorganisation. Auch das Tarifamt der Buchdrucker verlor wiederholt, dieser Forderung der Hilfsarbeiter bei den Unternehmern Gehör zu verschaffen. Neuerdings geschah das nämlich der im Oktober 1917 geführten Verhandlungen über die Steuerzulagen der Buchdruckergehilfen. Doch die Unternehmerorganisation erklärte, das Tarifamt sei in dieser Angelegenheit nicht zuständig. Hierauf hat der Vorstand des Hilfsarbeiterverbandes an den Deutschen Buchdruckerverein die Frage gestellt, ob er bereit sei, einen Tarif mit Grundlöhnen und einer aktionsfähigen Zentrale nach dem Muster des Buchdrucker-Tarifs für das Hilfspersonal zu schaffen. Auf diese Anfrage antwortete der Deutsche Buchdruckerverein, daß ein allgemeiner, für alle Druckorte geltender Tarif, wie für die Buchdruckergehilfen, für die Hilfsarbeiter in Rücksicht auf die ganz verschiedenen gearteten örtlichen Verhältnisse nicht durchführbar ist. Bei den Buchdruckergehilfen handelt es sich ausschließlich um gelernte, ständig im Gewerbe verbleibende Berufsarbeiter, während bei den Hilfsarbeitern ein außerordentlich häufiger Wechsel stattfindet, dem auch die Arbeits- und Lohnverhältnisse unterworfen sind.

Die Referentin kam zu dem Schluß: Die Situation ist unhaltbar. Von dem Bestehen eines wirklichen Tarifverhältnisses kann man nicht reden. Es kann und nicht zugunsten werden, unter diesen Verhältnissen weiterzuarbeiten. Arbeit muß geschaffen werden. Deshalb ist es notwendig, daß wir die allgemeinen Bestimmungen und den Haftungsvertrag noch vor dem 1. Juli kündigen. Wir wollen dadurch nicht einen Kriegszustand schaffen, sondern uns bemühen, eine Verständigung mit den Arbeitgebern herbeizuführen. Ob eine solche zustande kommt, das wird von dem Verhalten der Arbeitgeber abhängen.

Dem Referat folgte eine ausgedehnte Diskussion. Die Verhältnisse in den einzelnen Orten, die Aussichten und Möglichkeiten einer Tarifbewegung wurden nach allen Richtungen erörtert. Der Behauptung der Unternehmer, der häufige Wechsel der Hilfsarbeiter spreche gegen den Abschluß eines allgemeinen Tarifs, hielt man entgegen, daß in den Großstädten, besonders in Leipzig und Berlin, die Hilfsarbeiter im Gewerbe vollkommen festhalt geworden seien und der größte Teil gar nicht daran denke, den Beruf zu wechseln, solange er ankömmliche Lohnverhältnisse bietet. Uebrigens werde doch ein Tarif nicht mit dem Einzelnen, sondern mit der Organisation abgeschlossen, welche die Innehaltung desselben garantiere. Dabei sei wirklich gleichgültig, ob es unter den Berufsangehörigen mehr oder weniger kumrierende Elemente geben sollte. Die weitere Debatte wurde bis Mittwoch vertagt.

## Kriegsrüstungen der Unternehmer.

Die Berliner Tischler befinden sich zurzeit in einer Lohnbewegung. In der letzten Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes berichtete die Ortsverwaltung, daß sie sich an die Freie Vereinigung der Holzindustriellen gewendet und um Unterhandlungen wegen Bewilligung einer weiteren Teuerungszulage nachgesucht habe. Die Unternehmerorganisation habe aber Verhandlungen mit dem Hinweis auf den bis zum 15. Februar 1919 geltenden Vertrag abgelehnt. Die Generalversammlung beschloß dann, in allen Betrieben eine neue Zulage von 30-40 Pf. die Stunde zu fordern.

Inzwischen hat sich die „Freie Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin“ in einer außerordentlichen Generalversammlung mit der Angelegenheit beschäftigt und beschlossen, dem Verlangen der Arbeiter nach einer Verhandlung in der Schlichtungskommission Folge zu geben. Ob und was bei dieser Verhandlung herauskommt, bleibt zunächst abzuwarten. Bezeichnend für die Stimmung der Unternehmer ist der in der gleichen Versammlung gefaßte Beschluß derselben die Beiträge für ihren Kampffonds zu verdoppeln. Bisher betrug der Beitrag für jeden beschäftigten Arbeiter pro Woche 20 Pf., vom 1. Juli ab ist dieser Beitrag auf 40 Pf. erhöht. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Streikentschädigung von 1 M. auf 2 M. pro Tag und Arbeiter zu erhöhen.

Wenn auch erwartet werden kann, daß es über die jetzt vorliegende Lohnforderung zu einer Verständigung kommt — die Verhältnisse im Berliner Tischlergewerbe liegen so, daß auch die Unternehmer die Berechtigung des Verlangens der Arbeiter nicht

bestreiten können — so ist doch der Ausbruch der Kriegsrüstung der Holzindustriellen ein Moment, dem die Arbeiter volle Beachtung schenken müssen. Die Unternehmer rechnen, wenn nicht für sofort, so doch bald nach dem Kriege mit wirtschaftlichen Kämpfen, auf die sich auch die Arbeiter vorbereiten müssen. Zu diesen Vorbereitungen gehört nicht nur eine Stärkung des finanziellen Nitzzeuges der Gewerkschaften, mindestens ebenso wichtig ist die Erweiterung des Mitgliederkreises und die innere Geschlossenheit der Organisation. Öffentlich werden die Berliner Holzarbeiter diesen Aufgaben die erforderliche Aufmerksamkeit zu, damit die kommenden Ereignisse sie gerüstet finden.

## Lohnbewegung der Charlottenburger städtischen Arbeiter.

In einer gut besuchten allgemeinen Betriebsversammlung der städtischen Arbeiter wurden die gegenwärtigen Lohnverhältnisse eingehend besprochen. Die bisher vom Magistrat den Arbeitern gewährten Zulagen reichen bei der maßlosen Teuerung nicht aus, um die 300-500 Proz. gestiegenen Unkosten für die Unterhaltung des Haushalts bestreiten zu können. Folgende Entschliebung fand einstimmige Annahme:

Die am 16. Juni d. J. tagende Versammlung der in den städtischen Betrieben der Stadt Charlottenburg beschäftigten Handwerker, Arbeiter und Arbeiterinnen beschloß nach eingehender Aussprache über ihre Lohnverhältnisse und die maßlose, fortgesetzt steigende allgemeine Teuerung an den Magistrat erneut einen Antrag um Erhöhung der Kriegszulagen um 20 Pf. für die Arbeitsstunden für alle Handwerker, Arbeiter und Arbeiterinnen, zahlbar ab 1. Juli d. J. zu stellen. Sie beauftragt die Leitung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter dem Magistrat von Charlottenburg diesen Antrag mit entsprechender Begründung zu übermitteln.

## Die unabhängige Berufsorganisation der deutschen Bankbeamten.

Die Erkenntnis, daß die wirtschaftlichen Interessen der Angestellten und Prinzipale gegenläufige sind, hat bereits eine stattliche Anzahl Bankbeamten in einer unabhängigen Berufsorganisation zusammengeführt. Diejenigen Angestellten, die sich über das Wesen und die Ziele dieser Organisation, den „Allgemeinen Verband der Deutschen Bankbeamten“, unterrichten wollen, können das am besten im Monatsorgan desselben, „Der deutsche Bankbeamte“. Daselbe bringt in seiner Nummer vom 14. Juni in knappen programmatischen Sätzen zum Ausdruck, daß der Allgemeinen Verband der Deutschen Bankbeamten die einzige Angestelltenorganisation im Bankgewerbe ist, die konsequent den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Kapital auf der einen und der Arbeitskraft der Angestellten auf der anderen Seite erkennt und zum Ausgangspunkt seines Wirkens gemacht hat. Seine Mitglieder bietet der Verband Stellenlosen, Solidaritäts- und Gemeinnützigkeits-Unterstützung, kostenlosen Rechtsschutz bei Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis, Rechtsrat in allen anderen Rechtsangelegenheiten und Auskunft über die Arbeitsverhältnisse in den Banken. Ueber die soziale Bewegung informiert die Verbandszeitung: „Der deutsche Bankbeamte“.

Die Verwaltung des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten befindet sich Berlin W 8, Französische Str. 21 IV.

## Die entzogene Belohnung.

Von einem Betriebschreiber der kgl. Artilleriewerkstatt in Spandau erhalten wir folgende Zuschrift mit der Bitte um Abdruck:

Um die wirtschaftliche Notlage der Verwaltungschreiber und Schreiberinnen der kgl. Artilleriewerkstatt in Spandau zu verbessern, wurde ihnen vor einem Jahre eine Vierteljahrzuzahlung von 100 bis 200 M. als sogenannte „Belohnung“ gewährt, die bisher regelmäßig gezahlt wurde. Hierbei hatten die Dienststellenvorsteher nach eigenem Ermessen die „Belohnung“ in Höhe der oben bezeichneten Grenzen für den einzelnen Angestellten zu bestimmen. Hätte man es auch lieber gesehen, wenn diese Zuzahlung in anderer Form gemacht worden wäre, so freute man sich doch, damit seine wirtschaftliche Lage etwas verbessern zu können. Leider endete kurz vor Ablauf des Bonnemontats unsere Freude, denn man eröffnete uns, daß diese Belohnung vorläufig nicht mehr bezahlt werde. Die Mehrzahl der in Betracht kommenden Angestellten hatte sie wenigstens für das laufende Vierteljahr weg, ein kleiner Teil, der erst im Monat Juni damit bedacht werden sollte, hatte das Nachsehen. Nach des Wundts unerwartlichem Rücktritt wurde plötzlich gestoppt. Woher ist dem Wundts plötzlich die Erläuterung gekommen, daß wir diese Zuzahlung nicht mehr benötigen? Weiß Wundts bezw. das Reichskassamt nicht, daß seit einem Jahre alle Lebensmittel und Wirtschaftsgüter unmeßbar im Preise gestiegen sind und von Tag zu Tag weiter steigen? Glauben die verehrten Herrschaften wirklich, daß berechtigte Männer mit einem Einkommen von durchschnittlich 200 M. monatlich und Frauen bezw. Mädchen von 130 M. bei achtstündiger Arbeitszeit genug verdienen und damit auskommen können?

## Ablehnung des Neunstundentages für Staatsarbeiter in Bremen.

Die sozialdemokratische Fraktion in der Bremischen Bürgererschaft und die Zahlstelle Bremen des Metallarbeiterverbandes haben schon einigemale Vorstöße mit Anträgen und Eingaben unternommen, um in Bremen für Staatsarbeiter den Neunstundentag durchzuführen. Aber immer vergebens. In Bremen ist man in sozialpolitischen Dingen sehr rückständig. Vor einiger Zeit hatte

die Bürgererschaft auf Antrag unserer Genossen vom Senate über diese Angelegenheit einen Bericht eingefordert. Jetzt antwortete er. Er erklärt, auf die Herabsetzung der Arbeitszeit auf neun Stunden (jetzt zehn) nicht eingehen zu können und begründet das damit, daß während des Krieges zu großer Arbeitermangel sei, als daß dieser Sache jetzt nähergetreten werden könnte.

## Industrie und Handel.

### Im Scheidemandel.

Die Beruhigungsnote der Scheidemandel-A.G. hat nicht gewirkt, weil sie aus den gestern angeführten Gründen unzulänglich war und einen Teilbestand bagatellisierte, der den Ersten Staatsanwalt beim Landgericht I mobil gemacht hat. Gegenstand der Anschuldigung ist nach der „Voss. Ztg.“ die Behauptung, daß die Gesellschaft Knochen, die zur Speisefettgewinnung dienen sollten, für rentablere Zwecke verarbeitet habe. Es soll sich um 212 Waggon Knochen handeln. Nach unserer Information hat sich die vermeintliche Verwendung des unrichtigen Formulars auf fast ein Jahr erstreckt.

Dr. Werthauer, der Vertreter des aus dem Dienst der Knochenstelle geschiedenen Angestellten Göbe, ersucht uns um Aufnahme folgenden Briefes:

Herr Göbe ist von der Scheidemandel-Gesellschaft beziehungsweise von der Konzern-Gesellschaft, einem Tochterunternehmen der Scheidemandel-Gesellschaft nicht etwa entlassen worden, sondern er hatte seine Stellung am 31. Mai zunächst mit Wirkung zum 30. Juni gekündigt, weil er sich darüber klar wurde, daß die ihm von seinem Vorgesetzten in der Knochenstelle des Kriegsaussschusses für Oele und Fette aufgetragenen Obliegenheiten eine ungebührliche und ungeschickliche Bevorzugung des Scheidemandel-Konzerns darstellte. Diese Interessenverwicklung erschien ihm um so bedenklicher, als in der Knochenstelle des Kriegsaussschusses für Oele und Fette zum großen Teile Angestellte der Scheidemandel-Gesellschaft beschäftigt wurden, die, wie übrigens auch er selbst, nach wie vor von der Scheidemandel-Gesellschaft ihre Gehälter bezogen und bis heute beziehen. Die von der königlichen Staatsanwaltschaft eingeleitete Untersuchung und die damit in Zusammenhang stehende Beschlagnahme eines Teils der Bücher der Scheidemandel-Gesellschaft hängt auch nicht mit einer Anzeige des Herrn Göbe beim Kriegsaussschuss für Erbsaft zusammen, sondern sie ist die Folge von Aufklärungen über die nicht einwandfreie Art der Geschäftsführung in der Knochenstelle des Kriegsaussschusses für Oele und Fette, die gelegentlich einer Verhandlung des Herrn Göbe mit dem Kriegsaussschuss für Erbsaft zutage trat. Herr Göbe war von seinem Vorgesetzten bei der Knochenstelle beauftragt worden, gewisse, dem Interesse der Scheidemandel-Gesellschaft dienende Erklärungen vor dem Kriegsaussschuss für Erbsaft abzugeben, hat sich aber schließlich dazu entschlossen, unter Verzicht auf die ihm aufgetragenen Darlegungen den wirklichen Tatbestand zuzugeben. Der Inhalt dieser Aufdeckungen ist dem Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt Dr. Göpfer bekanntgegeben worden, der seinerseits durch Vermittlung des preussischen Justizministers das gerichtliche Einschreiten beantragt hat. Herr Göbe hat infolge aller dieser Vorfälle sich berechtigt gesehen, seine Stellung bei der Scheidemandel-Gesellschaft „aus einem wichtigen Grunde“ sofort aufzugeben, trotzdem nach der ersten Kündigung der Kriegsaussschuss für Oele und Fette (Knochenstelle) den Versuch gemacht hatte, ihn gegen Gewährung fast des doppelten Gehaltes als Beamten zu behalten.

Wir wiesen schon gestern darauf hin, daß der Fall Göbe, wie die neue Affäre kurz genannt sei, nur ein Detail, wenn auch ein wichtiges und charakteristisches, ist, das aber am meisten interessiert, auf welche Weise die Scheidemandel-A.G. ihren Tiefpunkt im Jahre 1915 in so fabelhaft kurzer Zeit so glänzend überwinden konnte. Daneben tritt nun die außerordentlich bedeutungsvolle Frage nach den Beziehungen der Scheidemandel-A.G. zu ihrer Kontrollbehörde, dem Kriegsaussschuss für Oele und Fette. In der Zuschrift Dr. Werthauers wird nicht mehr und nicht weniger behauptet, als daß die Scheidemandel-A.G. dem Kriegsaussschuss für Oele und Fette die von ihr bezahlten Beamten lozulassen gelassen hätte. Eine schleunige, sehr eingehende Mitteilung über die Beziehungen der Beamten dieses Kriegsaussschusses zu der Scheidemandel-A.G. ist zur Vermeidung oder wenigstens zur Begrenzung eines großen öffentlichen Mergnisses unbedingt geboten, und zwar obliegt diese Pflicht, da der Kriegsaussschuss für Oele und Fette Partei ist, dem ihm vorgelegten Reichswirtschaftsamt.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Zunächst allwärts fortwährende Aufhellung und Erwärmung, später im Nordwesten neue Zunahme der Bewölkung und leichte Regenschauer, schließlich Gewitter.

Verantwortlich für Vollst.: Erich Rottner, Berlin; für den abgelegten Teil des Blattes: Alfred Scholz, Reutlingen; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagshaus Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Hieran 1 Blatt und Unterhaltungsblatt.

# Keine Kosten mehr!

Sie haben nicht mehr nötig, sich mit schlechtführenden Kneifern und Brillen herumzuplagen oder mit Gläsern, die Ihren Augen nicht zusagen. Die Ruhcke-Garantie verbürgt Ihnen Zufriedenheit. In der Garantiezeit bis zu drei Jahren wird Ihnen nicht nur jeder Schaden an der Fassung, außer Gläserbruch, kostenlos ersetzt, auch wenn er durch Ihre eigene Unvorsichtigkeit entstanden ist, sondern Sie können sogar ein ganz neues, gleichwertiges Augenglas beanspruchen, wenn es unmöglich ist, das zerbrochene

wie neu herzustellen, oder wenn Sie mit dem Sitz, dem Aussehen oder überhaupt mit der Fassung nicht zufrieden sein sollten.

Die große Garantie beginnt bei jeder Kneifer- oder Brillenfassung von 8.50 ohne Gläser an, wofür Sie schon gutes Gold-Doppel erhalten können.

Die Augenuntersuchung ist kostenlos. Wir garantieren für Passen der Gläser und was ebenso wichtig ist, für guten Sitz.

## Optiker Ruhcke

C. Spillmann, Ge. Wall-Str. Alexanderplatz, neben Wälinger

W. Celsiger Str. 113, Ge. Roser-Str. Ciel-Str. 1, G. Potsdamer-Str. Friedrich-Str. 180, Ge. Tucher-Str.

N. Chaussee-Str. 72, Invaliden-Str. 184, Ge. Brunnen-Str. Friedrich-Str. 106, Ge. Siegel-Str.

NW. Friedrich-Str. 150, Ge. Dorotheen-Str. Schöneberg: Haupt-Str. 21, am Kaiser-Wilhelm-Platz

Friedenau: Abeln-Str. 18, Ge. Alth-Str. gegenüber der Kaiser-Gl. Wilmersdorf: Berliner Str. 132-3, a. h. Umland-Str.

Charlottenburg: Tauentzien-Str. 15, Ge. Warburger Str. Joachimshofer Str. 2, am Babarhof Jan.



Verlangen Sie nach anseherlich kostenlos unsern Oplometer zum Selbstbestimmen vollenber Gläser best. Verordnungs.



# Groß-Berlin

## Eine Verteidigungsrede des Herrn v. Tilly.

Der Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Oberregierungsrat v. Tilly, hielt gestern den Pressevertretern einen ausführlichen Vortrag, in dem er die mannigfachen Schwierigkeiten darlegte, die einer auskömmlichen Versorgung mit Obst und Gemüse im Wege ständen, und die Grundzüge verteidigte, die für die amtliche Wirksamkeit der Reichsstelle maßgebend seien. Er sprach über die verminderte Zufuhr und die gesteigerte Nachfrage, er meinte, die Gemüseernte werde sich jetzt, nachdem Niederschläge eingetreten seien, so ergebnisreich gestalten, daß die Reichsstelle allen ihren Verpflichtungen nachkommen könne, und er gab einen Ueberblick über die Lieferungsverträge, deren man bisher 72 000 abgeschlossen habe, die sich auf ein Areal von 300 000 Morgen reinen Gemüselandes (ohne Kohlräben) erstrecken, während im Vorjahre mit 68 000 Verträgen nur 206 000 Morgen erfaßt worden seien, von denen 100 000 Morgen Wälderland waren. Er berichtete, daß die Obst- und Gemüsezufuhr auf dem Lehrter Bahnhof vom 1. bis 7. Juni 129 Waggons, vom 8. bis 15. 200 Waggons betragen habe, und stellte bereits für die allernächste Zukunft eine Besserung der Verhältnisse in bestimmter Aussicht usw. usw.

Wir müssen Herrn v. Tilly unbedingt zugestehen, daß er in manchem, was er gegen seine Angreifer, insbesondere gegen die auf agrarischer Seite stehenden prinzipiellen Gegner der Höchstpreise vorbrachte, durchaus im Recht war. Wir leugnen auch keineswegs, daß seine Mitteilungen für Statistiker und Wirtschaftstheoretiker zum Teil recht belehrend waren. Die Bevölkerung Groß-Berlins aber dürfte in ihrer überwältigenden Mehrheit mit seinen prinzipiellen Erörterungen, historischen Rücksichten und tröstlichen Weissagungen verdammt wenig anzufangen wissen. Denn gegenüber aller abstrakten Drabour und allen dialektischen Geistesfunken behauptet sich die schlichte aber leider unumstößliche Tatsache, daß man in der deutschen Reichshauptstadt so gut wie gar kein Gemüse zu sehen bekommt und daß es nur sehr wenige Berliner gibt, die sich nähmen können, im Frühjahr 1918 eine Karotte oder eine Erbse zu essen zu haben. Ein zureichender Grund für diese unumstößliche Tatsache muß schließlich vorhanden sein — das wird uns ein so klarer Logiker wie Herr v. Tilly unbedingt angeben. Wenn also das System, nach dem die Reichsstelle für Gemüse und Obst verwaltet wird, tadellos und unantastbar ist, so kann es doch wohl nur an der Ungültigkeit des mit der Obst- und Gemüsebewirtschaftung betrauten Beamtenpersonals liegen, wenn das System so vollständig und andauernd scheitert. Daß die Mängel sich nicht allein auf den Kreis beschränken, der Herrn v. Tilly direkt unterstellt ist, wollen wir ohne weiteres zugeben.

Aus der Diskussion über den Vortrag verdient eine kleine Episode hervorgehoben zu werden. Nachdem verschiedene Pressevertreter Herrn v. Tilly zum Vorwurf gemacht hatten, daß er nicht genügend vertrete, die Kanäle des Schleichhandels zu verstopfen, erklärte der Vertreter des „Vorwärts“ ungefähr folgendes: Die Kanäle, durch die das Frühobst und Frühgemüse dem Markt entzogen werden, sind allerdings zahlreich, aber mitunter so geheim, daß Herr v. Tilly aus ihrer Richtentdeckung kein Vorwurf zu machen ist. So existiert in Berlin eine G. m. b. H., deren Aufgabe die Belieferung der Kleinhändler ist. Verwunderlicherweise sehr man aber die Wagen dieser Gesellschaft häufig vor Häusern halten und ihre Waren abladen, in denen auch nicht die Spur eines Kleinhändlerladens zu erkennen ist. Vielmehr handelt es sich um sehr elegante Wohnhäuser, und ein Vergleich mit dem Adreßbuch ergab, daß in diesen Häusern regelmäßig Personen in einflußreichen kommunalen Stellen wohnen. Natürlich liegt es ihm, dem Redner, fern, aus diesem Zusammenhang irgend welche Schlüsse zu ziehen, aber es zeige, wie schwierig die Verstopfung aller Kanäle sei.

Diesen Ausführungen, die allgemeines Interesse erwecken, wollen wir noch hinzufügen, daß derartige Ausladungen beispielsweise vor dem Hause Corneliusstraße 8 und dem Hause Schöneberger Ufer 21 beobachtet worden sind. Es handelte sich in beiden Fällen um recht ansehnliche Quantitäten, die in diese Häuser und keineswegs in Läden geschafft wurden. Wen es interessiert zu erfahren, wer dort wohnt, der sei auf das Adreßbuch verwiesen.

### Das Stiefkind Berlin.

Aus verschiedenen Zeitungsnachrichten ergibt sich, daß die Festlegung der von den einzelnen deutschen Städten aufzubringenden Zahl von Männeranzügen äußerst ungleichmäßig und willkürlich erfolgt ist. Insbesondere sind die westlichen Vororte von Berlin unverschämtermaßen stark in Anspruch genommen. So haben die Städte Charlottenburg, Schöneberg und Wilmersdorf bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 500 000 Personen nahezu 40 000 Anzüge aufzubringen. Hierzu müßten, wie uns von den zuständigen Stellen der drei Magistrate mitgeteilt wird, alle Einwohner mit einem Einkommen über 8000 M. beziehungsweise 4000 M. herangezogen werden. Dagegen sind z. B. in Dresden bei der gleichen Einwohnerzahl nur etwa 7000, in München bei einer Einwohnerzahl von 600 000 Personen nur 11 500 abzuliefern. Man wird der Berliner Bevölkerung die Gründe nicht vorzuenthalten können, die zu einer solchen Verteilung geführt haben.

### Die Aufgaben des Staatskommissars für das Wohnungswesen.

Das Staatsministerium hat über den Aufgabenkreis des neuen Staatskommissars für das Wohnungswesen in einem Erlaß bestimmt, daß die nachstehend bezeichneten, bisher von verschiedenen Ministerien wahrgenommenen Geschäfte auf dem Gebiete des Wohnungswesens in den Geschäftsbereich des Präsidenten des Staatsministeriums übergehen und in dessen ständiger Vertretung vom Staatskommissar für das Wohnungswesen bearbeitet werden: 1. vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten: die Baupolizei, die Angelegenheiten des Städtebaus, insbesondere Bauordnungs- und Fluchtlinienangelegenheiten, Wohnungswesen, Grundstücksanlegungen, Maßnahmen gegen Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden, der Wiederaufbau Ostpreußens; 2. vom Ministerium des Innern: die Kommunalaufsicht; soweit sie mit dem Wohnungswesen zusammenhängt, die bevölkerungspolitischen Maßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungswesens vorbehaltlich der jeweils erforderlich werdenden Mitarbeit der Medizinabteilung des Ministeriums des Innern, besonders auch auf dem Gebiete der Wohnungshygiene, die Angelegenheiten der Baugenossenschaften, die Förderung des Beamtenwohnungswesens durch Kreditgesetze, die Angelegenheiten der Mietverhältnisse; 3. vom Ministerium für Handel und Gewerbe: die Angelegenheiten der Wohnungsaufsicht, die sozialpolitischen Maßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungswesens; 4. vom Finanzministerium: die Federführung bei Erfüllung der Aufgaben, die sich aus Artikel 8 des Wohnungsgesetzes ergeben unter Beteiligung des Finanzministers; diesem bleibt die Federführung unter Beteiligung des Staatskommissars in den Angelegenheiten der Bildung und erzoglichen Aufsicht der Siedlungsgesellschaften, und zwar für jede Siedlungsgesellschaft bis etwa ein Jahr nach der Gründung; im übrigen bleibt die jetzt bestehende Mitwirkung des Finanzministers überall

unberührt; 5. vom Ministerium für Landwirtschaft: die Bearbeitung der Angelegenheiten des städtischen Grundkredits, insbesondere auch der ausschließlich für den städtischen Grundkredit bestimmten Versicherungsinstitute, ausgenommen die Hypothekendarlehen und unbeschadet der dem Minister des Innern verbleibenden Aufsicht über die Deutsche Pfandbriefanstalt und die Kreditanstalt für städtische Hausbesitzer in Posen in politischer Beziehung. Das Landwirtschaftsministerium wirkt bei der Bearbeitung dieser Angelegenheiten mit. Dem Ministerium für Landwirtschaft verbleibt die Bearbeitung der Angelegenheiten der Hypothekendarlehen sowie des gesamten Siedlungswesens. Ferner geht über die Aufsicht über das nicht ländliche Siedlungswesen und über die etwa auf dem Gebiete des Bevölkerungsausgleichs zu ergreifenden Maßnahmen.

Im übrigen gehen die in einzelnen Gesetzen vorgesehenen Zuständigkeiten von Ministern insoweit auf den Präsidenten des Staatsministeriums über, als die betreffenden sachlichen Aufgaben nach vorstehendem Erlaß jetzt von diesem wahrzunehmen sind.

Erläuternd sei dieser Kompetenzumschreibung hinzugefügt, daß der Staatskommissar nicht nur für das gemeinnützige Wohnungswesen, sondern auch zur Wahrung der Interessen aller Hausbesitzer bestellt worden ist. Daraus ergibt sich eine schwierige Situation, inwiefern es schwer ist, so stark auseinandergehende

## Holt Eure Kohlen jetzt

damit Ihr nicht im Winter frieren müßt.

Kohlenverband Groß-Berlin

Interessen unter einen Hut zu bringen. Völlig leugnen ja die Hausbesitzer noch jetzt das Bestehen oder sogar die Befahr einer Wohnungsnot, um die Ueberfülligkeit der gemeinnützigen Wohnungsfürsorge zu beweisen.

An der architektonischen Gestaltung der Bebauungspläne für die in Aussicht genommenen Siedlungen werden auch die technischen Beamten des Ministeriums für öffentliche Arbeiten mitwirken, mit dem der neue Staatskommissar überhaupt in engster Verbindung bleibt.

Auch das Reich wird vermutlich einen eigenen Kommissar für das Wohnungswesen bestellen, der zwar den Bundesstaaten die Vorhand lassen, aber über die vom Reich ebenfalls bereit zu stellenden, in ihrer Höhe noch nicht genau bestimmten Fonds zur Behebung der Wohnungsnot verfügen soll.

### Beschränkung des Rossflächtergewerbes und des Pferdesleischhandels.

Der Ankauf von Pferden zur Schlachtung, der Betrieb des Rossflächtergewerbes und der Handel mit Pferdesleisch ist vom 1. August ab nur kommunalverbänden und solchen Personen oder Stellen gestattet, denen von der Landeszentralbehörde oder von der von ihr bestimmten Stelle eine besondere Erlaubnis hierzu erteilt worden ist. Zur Schlachtung bestimmte Pferde dürfen nur an diese Personen oder Stellen abgegeben werden. Bestehende Privilegien (Abdederprivilegien oder dergleichen) werden hierdurch nicht berührt. Die Erlaubnis darf in der Regel nur an unter amtlicher Aufsicht stehende Gemeinschaften und an solche Personen erteilt werden, die das Gewerbe schon vor dem 1. August 1914 ausgeübt haben.

**Haushälter und Geistlichkeit.** Der Pfarrer Köhler von der Lazarus-Kirchengemeinde in Berlin hatte in einer Sitzung der Kreisynode I die Mißsteigerungen als Wucher bezeichnet und seine Amtsbrüder aufgefordert, dagegen kräftig Stellung zu nehmen. Der Wund der Berliner Grundbesitzervereine hat daraufhin beschlossen, gegen den Pastor Köhler bei den zuständigen Behörden, dem Kultusminister, dem Oberkirchenrat und Magistrat, Beschwerde zu führen.

**Räseverteilung.** In der Zeit vom Donnerstag, den 20., bis Mittwoch, den 26., wird an diejenigen Kunden, die in die Speisekardendlisten der in den Bezirken der 6., 18., 20. bis 33., 35. bis 38., 44. bis 51., 197., 201., 222., 225. und 239. Volkskommission — Südwesten, Süden und Südosten Berlin — eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt, in denjenigen Geschäften, die durch ein Aushängeschild: „Verkauf von Käse der Fettstelle Groß-Berlin“ gekennzeichnet sind.

Ein Vokalkonzert des Philharmonischen Orchesters findet heute in der Philharmonie, Vernburger Straße 22/23, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr. Eintrittspreis 50 Pf., Kasseneröffnung 7 Uhr.

Der falsche Kolonnenführer. Einen niederträchtigen Schwindler betrieß seit längerer Zeit ein falscher Kolonnenführer vom Roten Kreuz, bis er gestern von der Reutländer Kriminalpolizei undschädlich gemacht wurde. Der 39 Jahre alte Schlosser Felix Wehr aus der Gemaltpromenade 8 beschaffte sich, wie er jetzt sagt, nur um sich wichtig zu machen, die Uniform eines Kolonnenführers vom Roten Kreuz und Unterarztes und sagte seinem Namen den Dr. Titel hinzu. Mit umgeschmolzenem Offiziersseitengewehr und die Brust mit Orden geschmückt, stolzierte er in den Straßen umher. Zur Vorsicht hatte er, um sich ausweisen zu können, eine Marke als Kolonnenführer und Unterarzt beschafft. Bald kam er auf den Gedanken, die selbst verteilte „Blende“ zum Geldwerb auszunutzen. In seiner Uniform war es ihm leicht, Namen und Wohnung von vermögenden Kriegern zu erfahren. Er beachtete dann die Angehörigen und spiegelte ihnen vor, daß er durch Beziehungen zu den Hauptstellen des internationalen Roten Kreuzes in London und Genf in der Lage sei, den Aufenthalt der Vermögenden zu ermitteln und einen Briefwechsel zwischen ihnen und ihren Angehörigen zu ermöglichen. Nach geraumer Zeit erschien dann der „Kolonnenführer“ mit einem Bericht vom Roten Kreuz, nach dem der Vermögende schwer verunmündet in englische Gefangenschaft geraten sei und in dem Gefangenenlager 800 in London liege. Die Berichte lauteten an die Adresse Dr. Felix Wehr und trugen den Vermerk „streng vertraulich“. Um so eher fanden sie vollen Glauben bei den arglosen Leuten, die um ihre Vermögenden in ständiger Angst und Sorge schwebten. Wehrens sagte der Schwindler hinzu, daß der Gefangene nicht schreiben könne oder dürfe. Einmal war ihm der Arm abgenommen, dann war ihm wegen eines Flugversuchs der Briefwechsel mit den Angehörigen

unterlag, oder sonst irgend etwas hinderte den Mann am Schreiben. Dafür war Mr. Wehr so gütig, den Briefwechsel zu beforgen, wie er sagte, durch Vermittelung eines Unterarztes in London. Die angeblichen Antworten der Gefangenen auf die Briefe der Angehörigen schrieb er selbst. Dem Gauer floßen aus allen Familien, denen er seinen „Beistand“ ließ, reichliche Mittel zu, so daß er einen guten Tag leben konnte. Eine Familie erhielt aber endlich von ihrem Vermögenden selbst eine Nachricht. Weil sie mit den bisherigen Briefen des Kolonnenführers gar nicht übereinstimmte, so wandte sie sich an die Reutländer Kriminalpolizei und dieser gelang es nach langen Beobachtungen und Ermittlungen gestern endlich, den Schwindler habhaft zu werden und ihn hinter Schloß und Riegel zu bringen. Weitere Mitteilungen über sein Treiben nimmt sie im Reutländer Polizeipräsidium entgegen.

**Pankow.** Eine Gemeindevorstand für zweite Hypotheken. Der Gemeindevorstand veröffentlicht jetzt die bereits kurz vor dem Kriege beschlossene Ortsatzung über die Errichtung einer Anstalt für zweite Hypotheken. Die Ortsatzung tritt erst jetzt, vier Jahre nach ihrer Beschließung in Kraft, nachdem eine Reihe von Schwierigkeiten überwunden worden sind. Die Gemeindevorstand für zweite Hypotheken hat den Zweck, den Grundbesitz innerhalb des Gemeindegebietes von Pankow und die Pflege des Wohnungswesens dadurch zu fördern, daß sie Darlehen an die Eigentümer von Pankower Grundstücken gegen Bestellung von zweiten Hypotheken gewährt. An Grundstückeigenschaften werden Hypotheken nicht gewährt. Für die Verbindlichkeiten der Anstalt haftet die Gemeinde. Als zweite Hypotheken gelten solche, die sich zwischen 50 und 75 Proz. des durch Tage festgesetzten Grundstückwertes bewegen.

**Rosowes.** Lebensmittel. Heute findet von nachmittags 3 Uhr ab in den Verkaufsstellen der Gemeinde auf folgende Nummern des Ausweises der Verkauf von Seefischen statt: Winkel: Nr. 951—1190 und 3001—3150, Frommert: 2901—3000, Flegener: 5001—5100, Rudow: 4401—4800, Müller: 3201—Schlagnummer und 1—100.

Auf Abschnitt 41 der Zuckerkarte gültig vom 16. bis 30. Juni und auf Abschnitt 10 der Zuckerkarte gültig für den Monat Juni findet die Ausgabe von Zucker statt.

Die Karteninhaber haben von heute bis Freitag, den 21. Juni, diese Abchnitte bei dem Kleinhändler abzugeben, in dessen Kundenverzeichnis sie eingetragen sind. Die Karteninhaber haben den Zucker vom 25. bis 30. Juni ab in Empfang zu nehmen.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

**Fünfter Wahlkreis.** Am 12. d. Mts. fand die Generalversammlung des Vereins für den fünften Berliner Wahlkreis statt. Nach Vortrag des Geschäftsführers und Kassenerichts wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Es wurden gewählt als 1. Vorsitzender Leo Juch, Immanuelstraße 13, als 1. Kassierer Hugo Suhr, Mulackstr. 10, und als 1. Schriftführer Hermann Lorenz, Chodowickstr. 4, welche drei Genossen den Geschäftsführenden Ausschuss bilden. Die übrigen Wahlen vollzogen sich, ohne daß wesentliche Änderungen im bisherigen Vorstand vorgenommen wurden. Zu bemerken ist noch, daß die Mitgliederzahl sich stetig aufwärts bewegt. Als Delegierte zur Bezirksgeneralversammlung am 7. Juli wurden gewählt die Genossen Lorenz, Suhr, Friedmann, Frau Wollstein und Frau Pille. — Hierauf hielt Genosse Robert Schmidt einen Vortrag über die jetzige politische Situation.

**Niedererschhausen.** Heute, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im „Schwarzen Adler“, Joh. Meitig, Blankenburgstr. 4. Tagesordnung: Der preussische Landtag. Referent: Landtagsabgeordneter Konrad Haenisch. Diskussion. Bericht von der Kreisconferenz. Verschiedenes. „Vorwärts“-Leser sind ganz besonders eingeladen.

### Gerichtszeitung.

Eine sinnlose Tat führte den Koch Emil Haas unter der Anklage des Totschlages vor das Schwurgericht des Landgerichts II. Der Angeklagte, Inhaber des Eisernen Kreuzes und der badiischen Tapferkeitsmedaille, ist ein bis dahin durchaus gut beseelter Mann, der schon weit in der Welt umhergekommen ist. Er ist nach Beendigung seiner Lehrzeit längere Zeit als Koch in England tätig gewesen, hat auch in Vuffel gearbeitet und ist dann nach Amerika gegangen. Bei Ausbruch des Krieges hat er sich freiwillig zum Deereidienst gemeldet, wurde im Kriege verwundet und verwundet und ist als Unteroffizier als dienstuntauglich entlassen worden. Er hat dann Beschäftigung als Koch im Viktorbräu erhalten, nach mehreren Monaten wurde er Küchenchef im Paulaner Bräu mit 300 M. Monatsgehalt und freier Station. Auf Anregungen von maßgebender Stelle eröffnete er dann Kriegsküchen im Kriegsministerium, dann im Kolonialamt und im Landwirtschaftlichen Ministerium, schließlich war er als Koch in der Abtei in Treptow tätig. Bei einem Ausgange wurde er eines Tages am Wittenberg-Platz von einem Mädchen namens Spindler angepöbeln und ließ sich, obgleich er verlobt ist, auch von dieser umgarnen. Der ersten Zusammenkunft folgten noch zwei andere und der Angeklagte wurde die Dirne, die ihm schließlich die Zustimmung machte, bei ihr Zuhälterdienste zu verrichten, nicht mehr los. Als sie ihn am 13. September sogar in seiner Wohnung aufsuchte und dort wieder allerlei verlegende Ausdrücke gebrauchte, wurde er wütend und warf sie zur Tür hinaus. Sie kam aber wieder höhnisch herein, und da kam es zur Katastrophe. Wie er behauptet, packte ihn eine sinnlose Wut, er stürzte sich auf die Spindler, packte sie am Hals und gab ihr einen Stoß, so daß sie zu Boden fiel. Er redete nun auf sie ein, doch aufzustehen und sein Zimmer zu verlassen; da er aber keinerlei Antwort erhielt, sah er zu seinem Entsetzen, daß sie tot war. Nun sei er ganz von Sinnen gekommen und wisse gar nicht mehr, was er tat, insbesondere wisse er nicht, wie er dazu gekommen, der Toten noch einen Schürhaken um den Hals zu legen und fest zuzuschneiden. Er zog dann die Leiche aus und packte sie in einen Reiseford, den er dadurch verlor, daß er ein französisches Seitengewehr in die Verklammerung zwängte. Dann verließ er sein Zimmer und irrte in den Straßen umher. Die Nacht hat er in einem Lokal zugebracht, in welchem Verursachter von ihm sich beim Spiel verarmt hatten; am nächsten Tage ist er verhaftet worden. Da der Angeklagte behauptete, an epileptischen Anfällen zu leiden, wurde der Medizinalrat Dr. Störmer als Sachverständiger vernommen. Er hat auch die Obduktion der Leiche vorgenommen und begutachtet, daß der Tod durch Erdrückung mit der sehr kräftigen Hand des Angeklagten erfolgt und der Schürhaken erst umgeschlungen worden sei, als die Spindler schon tot war. Der Angeklagte sei zweifellos epileptisch veranlagt und überaus leicht erregbar, doch habe bei der Tat ein Zustand der Verwirrtheit oder krankhafter Störung der Geisteskräfte nicht vorgelegen. Es handle sich aber um eine Tat des Affektes. Der Staatsanwalt beantragte nach Schluß der Beweisaufnahme das Schuldig im Umfang der Anklage, während A. A. Dr. Alberg unter Hinweis auf die Erregtheit des Angeklagten und seinen vom Gerichtsort befundeten krankhaften Zustand nur das Schuldig wegen fahrlässiger Tötung beantragte. In diesem Sinne gaben die Geschworenen ihren Wahrspruch ab. Der Angeklagte wurde zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft verurteilt.



# Aus aller Welt.

**Schreckstat einer Mutter.** Das Potsdamer Schwurgericht verurteilte die Arbeiterin Auguste Bernice aus Brandenburg, die zwei von ihren drei Kindern, den zwölfjährigen Kurt und den dreijährigen Ernst, am 6. November v. J. von der Eisenbahnbrücke in die Havel geworfen und ertränkt hatte, wegen Todeschlags mit mildernden Umständen zu fünf Jahren Gefängnis. Der Ehemann, der wegen Anstiftung ebenfalls angeklagt war, wurde freigesprochen.

## Briefkasten der Redaktion.

**C. R. 101.** Sie haben Anspruch auf die Kriegsunterstützung vom nächsten Jahrestage nach der Entlassung des Ehemannes an auf einen halben Monat. Sie müssen innerhalb dieser zwei Jahre 30 Karten gefaltet haben. **H. H. 11.** 1. Halberstädtermädchens wird u. B. in dem Falle nicht gemindert. 2. Wenn Auslieferung eines solchen Scheines möglich ist, so an das Polizeipräsidium wenden. 3. Das wissen wir nicht. 4. und 5. Darüber erhalten Sie Auskunft beim Polizeipräsidium. — **H. H. 12.** Der Mut ist zur Reparatur oder Änderung des Ehevertrages nicht verpflichtet. Sei es, wenn die Frau nicht in der Lage ist, den Ehemann zu ernähren. — **H. H. 13.** Sie können es auf eine Ermäßigung nicht ankommen lassen. Sie müssen sich an das Mietvertragsamt, Zimmer 100, wenden. — **H. H. 14.** Notarielle Beglaubigung ist nicht notwendig. Es genügt ein Testament in der angegebenen Form. — **H. H. 15.** Wenn das durch eine Verfügung des Landrates vorgeschrieben ist, sind Sie zur Ablieferung verpflichtet. — **H. H. 100.** Der Sohn hat während seiner

Lebenszeit Anspruch auf den Erhalt der Wohnung, so noch welche vorhanden ist, so haben Sie Anspruch darauf. Sie werden von dort eine Zustimmung bekommen. — **C. R.** Sie sind nicht zum Unterhalt der Kinder verpflichtet, aber die Mutter. — **H. 101.** 1. Der Antrag ist zulässig. 2. Sie können nur versuchen, durch Einbruch gegen einen Strafbefehl, der Ihnen zugestellt wird gerichtliche Entscheidung anzurufen. — **H. 104.** Fragen Sie mündlich beim stellv. Generalkommando, Gendarmen Str. 2, an. — **100 Lott.** Das zuständige Generalkommando ist das des III. Armeekorps, Berlin, Gendarmen Str. 2. — **100 F.** Sie müssen doch zu

Ihrer Bestreitung einen Anwalt haben. Mit dem müssen Sie sich deswegen verständigen. — **C. 2. 17.** 1. Das Verwandtenverhältnis ist, da Sie vom Herrschenden entlassen sind, beim Generalkommando zu beantragen. 2. Abmeldung muß erfolgen. Die Lebensmittellisten sind nicht übertragbar und gelten nur für die bestimmte Person. — **H. 20.** Das sind freiwillige Zuwendungen, darüber darf nicht. — **Steuer.** Ihre Beantragung zur Steuer erfolgt nach dem heiligen Einkommen. — **H. 101.** Das wird eine Anordnung des dortigen Landrats oder Regierungspräsidenten sein. Eine allgemeine Verfügung ist darüber noch nicht ergangen. — **Pionier 3.** 1. Nein. 2. Nein. 3. Ja. 4. Sie können Besetzung einlegen. Das wird aber total zweifelhaft sein, wenn der Arzt Sie für zu krank, bis 80 Proz. erwerbsfähig hält. — **H. 10. 19.** Wenn Sie für den Sohn Unterstützung erhalten, können Sie die Wohnung beantragen. Sie kann Ihnen gewährt werden, ein Rechtsanspruch darauf besteht nicht. — **Trianon.** Auch auf staatliche Unterstützung besteht kein Anspruch, wenn Bedürftigkeit als nicht vorliegend erachtet wird, was bei Kriegsgezeiten meist geschieht, wenn sich in ihren Vermögensverhältnissen nach Einziehung der Ehe nichts geändert hat. — **H. 10. 1876.** 1. Nein. 2. und 3. Ja. — **H. 2. 1894.** Derartige Mittel können nur vom Arzte nach genauer Kenntnis der Krankheit verordnet werden. — **H. 2. 101.** Spezielle Nachfragen gibt es nicht. Wir empfehlen Ihnen die Schrift: „Das Einjährige“ von Dr. W. Müller, Preis 1 Mk. In beziehen durch Buchhandlung Sornsdorff. — **H. 2. 20.** Solche Abhandlungen können nur unzulässig im Briefkasten abdrucken. Wenn Sie in keinem Konversationslexikon unter Tuberkuose nach. liegt in allen öffentlichen Bibliotheken zur Einsicht aus. — **H. 2. 20.** 1. London, New York, Paris, Berlin, Chicago, Tokio, Wien, St. Petersburg, 2. Berlin, Hamburg, Leipzig, München, Dresden, Köln, Breslau. — **Strasbourg.** Ja. Adresse ist Reichsbund der Kriegsteilnehmenden und Kriegsteilnehmer, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. — **J. M. 7.** Adresse ist Berlin NW 7, Reichstr. — **Frau Krause.** Adressiert. Die Expedition war am 4. August 1917. — **Rurt 17.** Konnten wir nicht feststellen.



**Deutsches Theater.**  
Heute 8 Uhr: Max Pallenberg in Familie Schmek.  
Donnerstag zum 1. Male: Bibikoff.  
**Kammerspiele.**  
Allabendlich 7 1/2 Uhr: Inkognito. (Operette).  
**Volksbühne, Th. Bülowpl.**  
Untergrund. Schön. Tor.  
Allabendlich 7 1/2 Uhr: General York.  
**Theater des Westens**  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
Leopoldine Konstantin in Die Tänzerin.  
**Theater Königgrätzerstr.**  
8 Uhr: Die Schwestern und der Fremde.  
**Komödienhaus**  
8 Uhr: Die Zarin.  
**Berliner Theater**  
7 1/2 Uhr: Blaublaues Blut.

**Theater für Mittwoch, 19. Juni.**  
**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin.  
**Deutsches Opernhaus**  
7 Uhr: Mignon.  
**Friedrich-Wilhelmst. Theater**  
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.  
**Kleines Theater**  
8 Uhr: Aristid und seine Fehler. Bassermann.  
**Komische Oper**  
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmadel.  
**Metropol-Theater**  
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.  
**Neues Operettenhaus**  
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

**Lustspielhaus 7 1/2 Uhr:**  
Die blonden Mädels v. Lindenhof  
**Residenz-Theater**  
7 1/2 Uhr: Flimmerklärchen  
**Schiller-Theater 0**  
7 1/2 Uhr: Ein Erfolg.  
**Schiller-Th. Charl.**  
7 1/2 Uhr: Der letzte Funke.  
**Thalia-Theater**  
7 1/2 Uhr: Unter der blühenden Linde  
**Theater am Nollendorferplatz**  
5 1/2 Uhr: Emilia Galotti. 7 1/2 Uhr:  
*Sei also Thyrsos*  
**Wintergarten**  
Gastspiel der Komischen Oper  
8 Uhr: Ohne Männer kein Vergnügen.

**Gebr. Krüger & Co., Aktiengesellschaft.**  
Auf Grund des von der Zulassungsstelle genehmigten, bei uns erhältlichen Prospektes sind  
**nom. M. 900 000 neue Aktien**  
der Gebr. Krüger & Co., Aktiengesellschaft  
in Berlin und Odenpik  
zum Handel und zur Notiz an der Berliner Börse zugelassen worden.  
Berlin, im Juni 1918.  
**Commerz- und Disconto-Bank. A. Hirte.**

**Gesonderes Angebot in Möbel! Schlafzimmern**  
Eiche, innen Eiche!  
**1775** Mark  
Beste Verarbeitung x trockenes Material  
Großes Lager in allen Sorten Schlafzimmern  
Dressingzimmern — Speisestühlen — Wohnsalons  
zu sehr billigen Preisen — Versand auch nach auswärts  
**Lombard- und Möbelhaus „Bahnhof Börse“ G. m. b. H.**  
Dircksenstraße 43-44.

**Günstiger Möbel-Verkauf!**  
Ein großer Posten 860 L.\*  
Küchen, natur u. gestrichen, von M. 350.— an  
Schlafzimmer, e. Eiche u. gestr., v. M. 1400.— an  
Wohnzimmer, imit. u. Nußb., von M. 600.— an  
Sofas, prima Verarbeitung . . . von M. 300.— an  
sowie Einzelmöbel aller Art in solider Verarbeitung  
äußerst preiswert zu verkaufen.  
Besichtigung erbeten! Aufbewahrung kostenlos!  
**Möbelhaus N. Stolzmann**  
Berlin SW, Belle-Alliance-Str. 100.  
Auf Wunsch erleichterte Zahlungsweise.

**Keine Unterernährung mehr!**  
**Fleisch Eier**  
ersetzt man rasch und billigst durch **Selbstanzucht von Edel-Champignons.**  
Jed. Keller, Stall, Garten etc. dazu geeignet!  
Versende hierfür in Brut inkl. genaueste Kultur-Beschreibung zu ca. 2 qm Anlage 2,90 M., 4 qm 4,80 M.  
per Nachnahme, bei Voreinsendung frei Haus.  
\* **Champignonspezialist Müller, Abt. 4, Altona-Elbe,**  
Postfach 28. Feinste Referenz. u. Dankschreiben.

**ZÄHNE** mit echtem Friedens-Kautschuk.  
von 3 M. an.  
Spezialität:  
Zähne ohne Gaumenplatte. Vollgoldkronen v. 20 M. an!  
**Keine Luxuspreise!** Umarbeitg. schlechtzittender Gebisse. Reparaturen sofort.  
Persönliche fachmännische Munduntersuchung und Rat gratis. — 20 jährige Fachtatigkeit!  
Sprechstunden: 10-1 und 3-7 Uhr, Sonntags 10-12.  
**Zahn-Praxis Klömpen**  
Nur Lindenstr. 95 zwischen Markthalle und Jordan.

**Berliner Prater-Theater**  
Kantienallee 7-9.  
Täglich 5 Uhr in vollständig neuer Bearbeitung:  
**Im Wolfentagamer.**  
Große Rollen-Revue in 5 Bildern  
Dazu die großart. Spezialitäten  
**Theater der Friedrichstadt.**  
Ecke Friedrich- u. Linienstr.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Die erste Geige.**  
Sonnt. nachm. 5 1/2, kleine Pr.:  
Familie Hannemann.

**National-Theater**  
8 1/2 Mäuschen  
Musik von Walter Bromme.  
**Trianon-Theater**  
8 1/2 U. Friedrichstr. Ztr. 4927. 2391  
8 U. Zum 291. Male: **Der Lebensschüler.**  
Kaiser-Titz, Bildt, Flink.  
Sonnt. nachm. 1/4 kl. Pr.:  
**Kotkappen.**  
Sonntag 4 Uhr: Johannisfeuer.

**Rose-Theater.**  
7 1/2 Uhr: **Badstübchen.**  
3. 50. Mal.  
Wartendbühne: Ah! Was Neues!  
**Th. i. d. Frankfurter Allee 313.**  
Die Künstler-Gartenbühne  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Der große Erfolg!**  
**Was man aus Liebe tut!!**  
Sonntag 4 Uhr: Bunte Bühne.

**Admiralspalast.**  
Die Prinzessin von Tragant  
Sajdah  
Deutsche Tänze  
7 1/2 Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.  
**Schweizergarten**  
Am Königsplatz  
Am Friedrichshain 29-32.  
Größter und schönster Naturgarten Berlins. Ueber 5000 Sitzplätze. Saal für 1000 Personen.  
Zusatz: Konzert, Theater, Spezialitätenvorträge.  
Anfang Wochenl. 4 Uhr.  
Sonntags 3 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
**Stettiner Sängerk.**  
Reichshallen-Saal 7 1/2 Uhr:  
Großes Blüthen-Konzert.  
**Kl. Häuschen**  
mit Garten badet 216/19  
Berlin, Volljedenstr. 25.  
**Gießerwadel.**

**Libland- & Ostland Ausstellung**  
Juni Juli  
Verein für das Deutschtum im Auslande  
Kgl. Akademie der Künste Pariser Platz 4  
Numerierter Platz Einzelfarten . . . . . M. 3.00  
Unnumerierter Platz Einzelfarten . . . . . 2.00  
Dauerkarten, numerierter Platz . . . . . 15.00  
unnumerierter Platz . . . . . 10.00  
Im Künstlerhaus, Bellevuestraße 3  
**7 Vortragsabende**  
Dauerkarte M. 15.—, Einladend M. 8.—  
Eintrittskarten zu haben bei Anwaltskanzlei, A. Wertheim, Sole & Sod., an der Ausstellungskasse und abends an der Kasse im Künstlerhaus.  
Beginn der Vorträge 8 Uhr abends.  
Heute Mittwoch, Prof. Dr. Kupffer-Riga:  
Die natürliche Jugendigkeit und die Grenzen des erblichen Geistes.  
Gew. Rat Prof. H. Vezzenberger-Rönigberg:  
Ethnologie des Baltiklandes.

**DER „HIAS“**  
Täglich 7 1/2 Uhr abends  
Heute nachmittag 3 1/2 Uhr  
**Familien- und Schüler-Vorstellung**  
zu kleinen Preisen  
**Walhalla-Theater**  
Weinbergsweg

**Cigarren i. großer Auswahl**  
F. Ernst Borch, Berlin, Eisenstr. 21.  
**Alkoholf. Getränke**  
**Franz Abraham**  
Karl Meisinger-Römerstr. 10.  
Kell. 11. 12. 13. 14. Fernspr. Kgt. 13706  
**Bandagen, Gummilw.**  
R. Benke, Stralauer Str. 55.  
A. E. Lange, Brunnenstr. 104  
**Bäder- u. Konditoreien**  
Otto Wolff, Treptow, Krüllstr. 16  
**Bierbrauerei, Bierhandlg.**  
**Brauerei Bützow**  
empfiehlt  
**Qualitätsbiere**  
ersten Ranges  
Kern-Weiß, Wollweiser, Frikotze,  
Hermann Meyer, Schönebergstr. 11.

**Bezugsquellen-Verzeichnis**  
Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.  
**Butter, Eier, Käse**  
**Wilhelm Göbel**  
25 eigene Filialen.  
**Gebrüder Manns**  
48 eigene Detailgeschäfte  
**Schröter, R.**  
43 Derhaubstr. 43  
**August Holtz**  
18 Detail-Geschäfte.  
**Bade-Anstalten**  
Nouküll  
Anzengruberstr. 2.  
Koppenstr. 33  
Kantische Bäder.  
Kottbusser  
Damm 72.  
Reform-Bad, Wiener Str. 64.

**Münchener Brauhaus**  
Berlin und Oranienburg  
**Trinkt Wanninger Bier!**  
**Weißbier, C. Breithaupt,**  
Fassfabrikon  
**Timmer-Essig**  
Oberall erhältlich!  
**Nähmaschinen**  
Bellmann, B., Nähmaschinen  
Gellnowstr. 30  
Nähmaschinen  
**Singer Nähmaschinen**  
Läden in allen Stadtteilen.

**Fleisch- u. Wurstw.**  
Otto Koenig, Alie Jasowitz, 28.  
**Herrn-u. Knabengard.**  
J. Baer  
Kasseler, 26, Ecke  
Priesen-Allee.  
Eisen, Stahl, Waifen, Werkz.  
Carl Jung, Simonstr. 31.  
Rühlmann, P. Mühlent. 49b, F. Seese  
**Hüte, Mützen, Pelzwaren**  
**Vester, E.**  
Kottbusser, Damm 1819  
**Monhandlungen**  
**Bethke, Georg,**  
Kottbusser, Damm 44.  
Seckels, Weestr. 11, Kaiser-Friedr.  
Str. 44, W. 100, 199, Friedenstr. 22  
Treptow, Grüt-Str. 41.  
**Gaede, Otto**  
Charlottenburg.  
Wrangelstr. 75  
Ecke Currystr.  
**F. W. Sichter, Wochankler**  
Schubert, Carl, Nollendorferstr. 140

**Jwezett-Rasierpulver**  
gibt prächtig, steifen, haltbar, Schaum, erweicht die Barthaare. Dose 1,50. I. W. Zimmer, Frankfurt a. M.  
**O weh! Der Schnürsenkel**  
ist schon wieder gerissen. Beste meiner hervorragenden halbdarm, ängstlich preiswerten, reinbaumwollenen, schwarzen Schnürsenkel, sein Preis 1 Paar für Kinder 60 Pf., für Herren 75 Pf., für Damen 85 Pf. inkl. Verpackung u. Versandkosten. Unter 6 Paar werden nicht abgegeben. Zahlreiche Nachbestellungen. 216/18  
**Versandhaus Margot, Abt. III.**  
Berlin-Zehlendorf, Georgenbr. 7. — Vertikalfoto: Berlin 38539.

**1- und 2-Zimmerwohnungen**  
per sofort zu ver- Bauverwaltung, Mittelstr. 2-4, II.  
mieten. Näheres Centrum 9164.

**Norddeutsche Gemüsebau-Genossenschaft**  
e. G. m. b. H.  
Donnerstag trifft ein Baggert  
Lübbe (60/19)  
**Mohrrüben**  
ein.  
Verteilungsstellen:  
sind geöffnet täglich 9-12  
und 4-7, Sonntags 8-10.  
Grafstr. 78 (Ecke Köpenick),  
Pantstr. 49 (Röde Bahnhofs),  
Buchstraße 3 (beim Ström-  
Krankenhaus),  
Wilhelmshavener Str. 70  
(Moabit),  
Kopenhagener Straße 4  
(Schönhauser Allee),  
Petersburger Straße 4a  
(Frankfurter Allee),  
Vogelanger Str. 19 (Röde  
Bahnhofs),  
Kottbuser Straße 18 (Röde  
Bahnhofs),  
Kurfürstendamm 148 (Röde  
Bahnhofs),  
Wilmersdorf: Weststr. 38,  
am Ringbahnhof,  
Charlottenburg: Weststr.  
1 (Eck. Casanovaplatz),  
Koblenzstr. 50 (Röde  
Sophie-Charlotte-Platz),  
Neufeld: Kaiser-Friedrich-  
Straße 15.  
Neue Mitglieder können  
nach aufgenommen werden. Nur  
Selbstverbraucher. Immission-  
handel ausgeschlossen. Hähered  
in den Verteilungsstellen  
während obiger Geschäftsstunden  
und im Verwaltungsbureau  
der Norddeutschen Gemüse-  
bau-Genossenschaft, Burg-  
straße 27, III. Etage, Zimmer 76  
(b. Jirisch Platz), tägl. v. 10-7.

**Metzner**  
Kinderwagen-Werthaus  
Größte Auswahl Berlins  
Andreasstr. 23 Andreasplatz  
Dronenstr. 95 Borsplatz. 67  
Leipziger Str. 54 Kreuzb. 133  
Spandau, Charlottenstr. 24.  
Während der Sommerzeit  
Sonntags geschlossen.

**Photographische**  
Apparate  
u. Bedarfsartikel.  
Große Auswahl.  
Notenweise billig gefastet.  
**Jonass & Co., Berlin SW 61,**  
Belle-Alliancestr. 7/9.

**Volks-Lichtheilanstalt**  
Invalidenstr. 130 II, Stett. Hof.  
Gute Erfolge seit 1907 bei  
**Geschlechts-Leiden**  
Hautl. Flechten — Wunden  
Gicht — Rheuma — Schwäche  
**Frauenleiden**  
Dr. med. Henseler, prakt. Arzt  
Sprechz. 3-8 aus. Donnerst.  
Sonntag 10-11  
Harn-, Blutuntersuchung  
im eigenen Laboratorium  
Volkstümliche Preise  
Prap. d. Oskar Voelker.

**Wie ein Wunder**  
behebt [22219]  
San-Rat **Hausfalbe**  
jed. Hautausschlag, Flechten,  
Gicht, Rheuma, bei Weins-  
schäden, Krampfadern  
der Frauen u. dergl.  
Jugend, erfolgt per Nachn.  
Elefant-Apotheke Berlin,  
Lützowstr. 71  
(am Dönhofsplatz).

**Spezialarzt**  
Dr. med. Wockentz  
Friedrichstr. 120  
Sprechst. 11-16-8  
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden  
Blutuntersuchungen. Schnelle,  
sichere, schmerzlose Heilung  
ohne Berufsstörung. Teilzahlung  
**Spezialarzt**  
Dr. med. Hasche,  
Friedrichstr. 90 direkt am  
Stadthaus.  
Behandl. von Syphilis, Gicht,  
Garn-, Frauenleiden, Spei-  
chen-Röde, Schmerzlöse, für jede  
Behandlg. ohne Berufsstörung.  
Blutuntersuchung. Wäh. Preise  
Teilzahlung. Sprechstunden 11  
bis 1 und 3-8, Sonnt. 11-1.

**Meierei C. Bolle**  
A.-G.  
Berlin N.W. 21 Alt Moabit  
88 103 u.  
Ältester und größter  
Milchwirtschaftlicher  
Grossbetrieb  
**Photogr. Apparate**  
M. Albrecht  
80, Kottbuser Str. 2  
auch Goldschmied  
**Uhren u. Goldwaren**  
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 43  
**Weine, Liköre, Fruchtweine**  
**Hugo Selig**  
60 Filialen in allen Stadtteilen.  
**Herm. Meyer & Co., Ges.**  
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.



Pferdeerholungsheim und Käudestation.

Bilder aus einem Pferdelazarett.

Auch diese Einrichtungen hat der Krieg geschaffen; vor ihm hat man sie nicht gekannt.

Pferdeerholungsheim! Der Name hat etwas Anheimelndes, Beruhigendes an sich.

In dem Pferdeerholungsheim, das ich kürzlich näher kennen lernte, mußten fast jeden Morgen gegen zehn dieser erschöpften Tiere mittels Klappentüren aufgehoben werden.

Einmal aber wird das inhaltschwere Wort „R. b.“ wieder über sie ausgeprochen, und irgendein Zug trägt die gekrüppelten Tiere, Seidensgeschichten der Menschen, wieder zur Schlacht.

Stehen in den Erholungsheimen durchweg gesunde Pferde, das heißt solche, die von keiner Seuche befallen, sondern eben nur durch schwere Strapazen heruntergekommen sind.

Man hat die Käude vor dem Kriege bei den Pferden wenig oder gar nicht gekannt. Sie wird, wie beim Menschen die Krätze, durch Milben hervorgerufen.

Die Behandlung dieser Käudepferde ist, wie man sich denken kann, für die Mannschaften durchaus keine angenehme.

Die Käude ist bekanntlich äußerst ansteckend. Die Pferde müssen so gestellt werden, daß sie miteinander nicht in Berührung kommen.

Das schlimmste in einer Käudestation ist, daß die Käude sich nicht nur von Pferd zu Pferd, sondern auch auf den Menschen überträgt.

Die Käude ist bekanntlich äußerst ansteckend. Die Pferde müssen so gestellt werden, daß sie miteinander nicht in Berührung kommen.

Die Käude ist bekanntlich äußerst ansteckend. Die Pferde müssen so gestellt werden, daß sie miteinander nicht in Berührung kommen.

Die Käude ist bekanntlich äußerst ansteckend. Die Pferde müssen so gestellt werden, daß sie miteinander nicht in Berührung kommen.

Die Käude ist bekanntlich äußerst ansteckend. Die Pferde müssen so gestellt werden, daß sie miteinander nicht in Berührung kommen.

Die Käude ist bekanntlich äußerst ansteckend. Die Pferde müssen so gestellt werden, daß sie miteinander nicht in Berührung kommen.

Die Käude ist bekanntlich äußerst ansteckend. Die Pferde müssen so gestellt werden, daß sie miteinander nicht in Berührung kommen.

Die Käude ist bekanntlich äußerst ansteckend. Die Pferde müssen so gestellt werden, daß sie miteinander nicht in Berührung kommen.

Die Käude ist bekanntlich äußerst ansteckend. Die Pferde müssen so gestellt werden, daß sie miteinander nicht in Berührung kommen.

Die Käude ist bekanntlich äußerst ansteckend. Die Pferde müssen so gestellt werden, daß sie miteinander nicht in Berührung kommen.

Die Käude ist bekanntlich äußerst ansteckend. Die Pferde müssen so gestellt werden, daß sie miteinander nicht in Berührung kommen.

Die Käude ist bekanntlich äußerst ansteckend. Die Pferde müssen so gestellt werden, daß sie miteinander nicht in Berührung kommen.

Die Käude ist bekanntlich äußerst ansteckend. Die Pferde müssen so gestellt werden, daß sie miteinander nicht in Berührung kommen.

Die Käude ist bekanntlich äußerst ansteckend. Die Pferde müssen so gestellt werden, daß sie miteinander nicht in Berührung kommen.

Die Käude ist bekanntlich äußerst ansteckend. Die Pferde müssen so gestellt werden, daß sie miteinander nicht in Berührung kommen.

Die Käude ist bekanntlich äußerst ansteckend. Die Pferde müssen so gestellt werden, daß sie miteinander nicht in Berührung kommen.

Die Käude ist bekanntlich äußerst ansteckend. Die Pferde müssen so gestellt werden, daß sie miteinander nicht in Berührung kommen.

Die Käude ist bekanntlich äußerst ansteckend. Die Pferde müssen so gestellt werden, daß sie miteinander nicht in Berührung kommen.

Die Käude ist bekanntlich äußerst ansteckend. Die Pferde müssen so gestellt werden, daß sie miteinander nicht in Berührung kommen.

Die Käude ist bekanntlich äußerst ansteckend. Die Pferde müssen so gestellt werden, daß sie miteinander nicht in Berührung kommen.

Jetzt wird man zu einer neuen Behandlungsweise übergehen, der Behandlung mit Gas. Es werden überall Gaszellen erbaut, mit dem Verfahren soll allgemein in Kürze begonnen werden.

Anfänge des Völkerrechts.

In einem zeitgemäßen Büchlein „Kriege in biblischen Ländern“, das soeben im Verlage von A. A. Perthes in Gotha erschienen ist, behandelt Prof. Rudolf Kittel auch die ersten Anfänge zu einem Völkerrecht im alten Israel.

Es wird allezeit — schreibt er — einer der besonderen Ehren-titel bleiben, denen das Volk Israel sich rühmen darf, daß hier allein weit und breit unter den Völkern und für lange Jahrhunderte sich ein Widerspruch, ja ein Protest des verletzten sittlichen Empfindens da regte, wo man Dinge wahrzunehmen liebte, die das Maß des in der Zeit Ueblichen oder Besseren, was nach dem sittlichen Urteil der Nachbarn zulässig schien, überschritten.

So hat der Prophet Jesaja in einer seiner größten Reden das Gericht der Weltgeschichte über das Auserwählte herabgerufen, weil seine Herrscher den ihnen, wie er glaubt, von Gott angewandenen Auftrag eigenmächtig und zum Schaden der Völker überschritten.

Er aber denkt nicht also, und sein Herz sinnet ganz anders: Rein, zu vertilgen liegt ihm im Sinn, zu vernichten Völker ohne Zahl.

Im blinden Uebermut des ländergerigen Eroberers haben die Ahyerklönige die Schranken ihrer Volksmacht vergessen und sind erbarungslos, die Völker niederbetretend, über die Erde hingeschritten, sie sich untertan machend.

Wie hier die immanente sittliche Weltordnung und damit eine Art ungeschriebenen Völkerrechts zur Ahnung eines an den Völkern, besonders aber an Israel, dem eigenen Brudervolke, begangenen Unrechts von dem Jüder Jesaja aufgerufen, so ging schon einige Jahrzehnte früher sein Landsmann Amos noch einen Schritt weiter.

Das Amos den Somitemern, weil sie im Kriege mit Israel „das Erbarmen erstickten“, das Gericht Gottes ankündigt, konnte uns schließlich nicht wundern, obgleich gerade diese Begründung in so frühem Altertum immer schon unserer höchsten Beachtung wert wäre.

Damit haben wir in der Tat die erste Spur völkerrechtlicher Denkens vor uns, von der die Geschichte Kunde gibt.

Man bedenke, was es heißt, daß das Gewissen eines Mannes des achten Jahrhunderts vor Christus sich dagegen aufbäumt, daß andere Völker nicht etwa dem eigenen Volke, nein, seinen verhassten und mit allem Grund gebahnten Feinden lieblos im Kriege zugegriffen haben.

Welches Maß hochgemutter Einsicht in die Würde des Menschen und in die Höhe des allgemeinen, über die Schranken der Völker hinausgreifenden Sittengesetzes muß solchen Männern beschieden gewesen sein, die es wagten, den Gedanken zu fassen, daß die Wohlthat der sittlichen Weltordnung auch der Feind genießt, und denen das in der Menschenbrust lebende Sittengesetz mit solcher Deutlichkeit die Gewissheit gab, daß das Brechen eines Völkerbundes oder unmenschliche Kriegshandlungen die Menschwürde auch im Feinde mit Füßen treten und das Gewissen der Völker kränken!

Man möchte angefaßt dessen, was wir seit Jahren täglich erleben, hätten wir nicht auch noch andere Erfahrungen, allen Ernstes verliert sich, an dem sittlichen Fortschritt in der Menschheit zu zweifeln. Denn das Gebot, den Menschen auch im Feinde zu achten, scheint unsere Zeit um wenig besser gelernt zu haben als jenes graue Altertum.

Hauterkrankungen durch Pflanzen.

Die Reihe der Hauterkrankungen, welche durch Berührung mit Pflanzen zustandekommen, ist noch gar nicht lange bekannt.

Die Krankheit kann sich überall da lokalifizieren, wohin die Drüsenhaare der Pflanze, deren Saft die Urstoffe derselben ist, gelangen.

Das Leiden wird meistens nur durch die aus Asien bei uns eingeführten Topfprimeln hervorgerufen, doch kann bei empfindlichen Personen auch unsere Wiesensprimel es in schwächerem Grade erzeugen.

Besonders schwere Hautleiden kann auch der Sumach (Rhus toxicodendron) durch den ihm eigentümlichen Milchsaft hervorgerufen. Gelangt dieser Saft z. B. ins Gesicht, so pflegt dieses unformlich anzuschwellen, so daß der Betroffene in den Verdacht gerät, in eine Prügeln verwickelt gewesen zu sein.

Von den Nesselpflanzen und von Dornverletzungen soll hier nicht weiter die Rede sein, doch mag erwähnt werden, daß auch Eisen, Wachs, Arnika und Chrysanthemum gelegentlich Hautkrankheiten bewirken.

Reinliche „Futterauschläge“ kommen auch beim Vieh vor. Hier hat man unter anderem beim Schafwollwusch die interessante Beobachtung gemacht, daß dunkelhäutige Tiere nicht erkranken und daß bei geschedten nur die hellfarbigen Stellen befallen werden.

Man nimmt deshalb eine biochemische Mitwirkung der Sonnenstrahlen an. Ähnliches ist möglich bei der Primelkrankheit, die, wie oben beschrieben, in der Regel nur blondhaarige und blaugüne Blumen mit zarter Haut befallt.

Die Reihe der Hauterkrankungen, welche durch Berührung mit Pflanzen zustandekommen, ist noch gar nicht lange bekannt.

Die Krankheit kann sich überall da lokalifizieren, wohin die Drüsenhaare der Pflanze, deren Saft die Urstoffe derselben ist, gelangen.

Das Leiden wird meistens nur durch die aus Asien bei uns eingeführten Topfprimeln hervorgerufen, doch kann bei empfindlichen Personen auch unsere Wiesensprimel es in schwächerem Grade erzeugen.

Besonders schwere Hautleiden kann auch der Sumach (Rhus toxicodendron) durch den ihm eigentümlichen Milchsaft hervorgerufen.

Gelangt dieser Saft z. B. ins Gesicht, so pflegt dieses unformlich anzuschwellen, so daß der Betroffene in den Verdacht gerät, in eine Prügeln verwickelt gewesen zu sein.

Von den Nesselpflanzen und von Dornverletzungen soll hier nicht weiter die Rede sein, doch mag erwähnt werden, daß auch Eisen, Wachs, Arnika und Chrysanthemum gelegentlich Hautkrankheiten bewirken.

Reinliche „Futterauschläge“ kommen auch beim Vieh vor. Hier hat man unter anderem beim Schafwollwusch die interessante Beobachtung gemacht, daß dunkelhäutige Tiere nicht erkranken und daß bei geschedten nur die hellfarbigen Stellen befallen werden.

Man nimmt deshalb eine biochemische Mitwirkung der Sonnenstrahlen an. Ähnliches ist möglich bei der Primelkrankheit, die, wie oben beschrieben, in der Regel nur blondhaarige und blaugüne Blumen mit zarter Haut befallt.

Die Reihe der Hauterkrankungen, welche durch Berührung mit Pflanzen zustandekommen, ist noch gar nicht lange bekannt.

Die Krankheit kann sich überall da lokalifizieren, wohin die Drüsenhaare der Pflanze, deren Saft die Urstoffe derselben ist, gelangen.

Das Leiden wird meistens nur durch die aus Asien bei uns eingeführten Topfprimeln hervorgerufen, doch kann bei empfindlichen Personen auch unsere Wiesensprimel es in schwächerem Grade erzeugen.

Besonders schwere Hautleiden kann auch der Sumach (Rhus toxicodendron) durch den ihm eigentümlichen Milchsaft hervorgerufen.

Gelangt dieser Saft z. B. ins Gesicht, so pflegt dieses unformlich anzuschwellen, so daß der Betroffene in den Verdacht gerät, in eine Prügeln verwickelt gewesen zu sein.

Von den Nesselpflanzen und von Dornverletzungen soll hier nicht weiter die Rede sein, doch mag erwähnt werden, daß auch Eisen, Wachs, Arnika und Chrysanthemum gelegentlich Hautkrankheiten bewirken.

Reinliche „Futterauschläge“ kommen auch beim Vieh vor. Hier hat man unter anderem beim Schafwollwusch die interessante Beobachtung gemacht, daß dunkelhäutige Tiere nicht erkranken und daß bei geschedten nur die hellfarbigen Stellen befallen werden.

Man nimmt deshalb eine biochemische Mitwirkung der Sonnenstrahlen an. Ähnliches ist möglich bei der Primelkrankheit, die, wie oben beschrieben, in der Regel nur blondhaarige und blaugüne Blumen mit zarter Haut befallt.

Die Reihe der Hauterkrankungen, welche durch Berührung mit Pflanzen zustandekommen, ist noch gar nicht lange bekannt.

Die Krankheit kann sich überall da lokalifizieren, wohin die Drüsenhaare der Pflanze, deren Saft die Urstoffe derselben ist, gelangen.

Das Leiden wird meistens nur durch die aus Asien bei uns eingeführten Topfprimeln hervorgerufen, doch kann bei empfindlichen Personen auch unsere Wiesensprimel es in schwächerem Grade erzeugen.

Besonders schwere Hautleiden kann auch der Sumach (Rhus toxicodendron) durch den ihm eigentümlichen Milchsaft hervorgerufen.

Gelangt dieser Saft z. B. ins Gesicht, so pflegt dieses unformlich anzuschwellen, so daß der Betroffene in den Verdacht gerät, in eine Prügeln verwickelt gewesen zu sein.

Von den Nesselpflanzen und von Dornverletzungen soll hier nicht weiter die Rede sein, doch mag erwähnt werden, daß auch Eisen, Wachs, Arnika und Chrysanthemum gelegentlich Hautkrankheiten bewirken.

Reinliche „Futterauschläge“ kommen auch beim Vieh vor. Hier hat man unter anderem beim Schafwollwusch die interessante Beobachtung gemacht, daß dunkelhäutige Tiere nicht erkranken und daß bei geschedten nur die hellfarbigen Stellen befallen werden.

Man nimmt deshalb eine biochemische Mitwirkung der Sonnenstrahlen an. Ähnliches ist möglich bei der Primelkrankheit, die, wie oben beschrieben, in der Regel nur blondhaarige und blaugüne Blumen mit zarter Haut befallt.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

„Ins Theater. Haben Sie etwas vergessen?“

„Zu Ihnen.“

„So?“ flüsterte sie innig, und ein freudiger Glanz schimmerte in ihren Augen.

„Sie haben noch nie so zu mir gesprochen.“

„Ich wünschte es aber schon längst.“

Mit einem küssenden Blick umfing sie sein Gesicht. Er spürte gleichsam einen warmen Hauch auf seinen Lippen.

„Sie sprachen drüben von mir, im Parkett, mit Herrn Welt, ich fühlte es.“

„Wir sprachen von Ihren Brillanten.“

„Nicht wahr, niemand in Lodz hat so schöne?“

„Außer der Frau Knoll und der Baronin“, antwortete er bissig und lächelnd.

„Wobon habt ihr noch gesprochen?“

„Von Ihrer Schönheit!“

„Sie scherzen.“

„Ich kann nicht scherzen, wenn ich liebe.“ sprach er mit gedämpfter Stimme und ergriff ihre herabhängende Hand.

Sie entriß sie ihm rasch und schaute mit weiten Augen nach allen Seiten, wie wenn die Worte im Saal gefallen wären.

„Ich empfehle mich“, sagte er und stand auf. Er war ärgerlich und fühlte, Er hatte eine Dummheit begangen, daß er ihr das so offen und ohne Vorbereitung gesagt hatte. Aber sie wirkte wie betäubend auf ihn.

„Wir gehen zusammen heraus; gleich“, sagte sie kurz, nahm ihren Schal auf, die Bonbonniere und den Fächer und verließ die Loge.

Schweigend zog sie sich an. Vorowiecki wußte nicht, was er sagen sollte. Er blickte bloß auf sie, auf ihre Augen, die fortwährend im Ausdruck wechselten, auf ihre prachtvoll geformten Arme, auf die schimmernden Lippen und auf ihre wundervoll entfalteten Glieder.

Als sie den Hut aufgesetzt hatte, reichte er ihr den Abendmantel. Sie lehnte sich leicht zurück, um ihn umzuliegen. Ihr Haar berührte bei dieser Bewegung seine Lippen, er glühend zuckte er leicht zurück, und sie fiel, die Stütze verlierend, mit dem Rücken auf seine Brust. Er fing sie rasch in seinen Armen auf und sog sich in ihrem Nacken fest, der unter den verzehrenden Küssen sich bog und straffte.

Sie schrie leise auf und preschte sich mit solcher Wucht an ihn, daß er taumelte.

Blühlich entwand sie sich seiner Umarmung.

Sie war weiß wie Marmor, atmete tief, und unter den halbgeschlossenen Lidern flammten verzehrende Glut.

„Begleiten Sie mich zum Wagen“, sagte sie, ohne ihn anzuschauen.

„Bis ans Ende der Welt.“

„Knöpfen Sie mir die Handschuhe zu.“

Er versuchte es. Konnte aber weder die Knöpfchen noch die Knöpfe finden. Mit einem Arm lehnte sie sich an die Wand und bog den Kopf etwas vor, mit einem sonderbaren Lächeln auf den brennenden roten Lippen. . . . Dann durchsuchten sie Schauer und sie lehnte sich fester, wie entsetzt an die Wand, sonderbare Schatten spielten auf ihrem Gesicht und verschwanden um ihren Mund.

„Gehen wir“, flüsterte er.

Er brachte sie bis zum Wagen, half ihr einsteigen und flüsterte, ihre Hand mit heißen Küssen bedeckend: „Seien Sie mir nicht böse, ich beschwöre Sie.“

Sie erwiderte nichts, hielt seine Hand aber so fest, daß er ohne Ueberlegung in den Wagen sprang und die Tür hinter sich zuwarf.

Die Pferde zogen an.

Vorowiecki war furchtbar erregt. Er hatte keine Zeit, sich klar zu werden, konnte übrigens seine Gedanken im Moment gar nicht fassen und wußte bloß, daß sie bei ihm war, daß sie in einer Ecke des Wagens zusammengekauert, weit von ihm weg saß. Er hörte ihren ungleichen, schnellen Atem. Hin und wieder leuchtete ihm im Schein der Straßenlaternen ihr Gesicht und die großen Augen entgegen, die ins Leere blickten.

Er wollte sich beherrschen, wollte den Kutscher rufen, suchte unbewußt nach dem Drücker, um die Wagentür zu öffnen und einfach fortzulaufen, hatte aber weder die Kraft noch den Willen dazu.

„Werden Sie es mir verzeihen“, fing er langsam an und suchte ihre Hände, die sie unter dem Abendmantel versteckt hatte.

Sie erwiderte nichts, hüllte sich fester in den Mantel, als ob sie die wahnsinnige Lust, sich ihm in die Arme zu werfen, in sich verschließen, zurückdrängen wollte.

„Sie werden es mir verzeihen“, wiederholte er leiser und rückte näher heran.

Er zitterte am ganzen Körper und konnte nicht mehr sprechen. Als sie ihm die Antwort schuldig blieb, raunte er ihr ganz leise und innig zu: „Luch! Luch!“

Sie schauerte zusammen, ließ den Abendmantel los, der von ihren Armen herabglitt, und warf sich ihm mit einem tiefen, durchdringenden Schrei an die Brust.

„Ich liebe dich, ich liebe!“ flüsterte sie, ihn leidenschaftlich umarmend.

Ihre Lippen einte ein langer, verzehrender Kuß.

„Ich liebe dich, ich liebe!“ wiederholte sie und koste den süßen Klang der Worte, sein Gesicht mit brennenden Küssen bedeckend.

Sie lechzte schon lange nach Küssen, Liebeslungenen und Liebe und dachte jetzt, wo es schon geschehen war, an nichts mehr, erinnerte sich an nichts mehr, küßte ihn bloß wie toll.

„Nein, sprich jetzt nicht, jetzt nicht. Ich will sprechen, ich allein, rufen will ich, stets und immer, ich liebe dich! Vor aller Welt kann ich's wiederholen, alles ist mir jetzt schon gleich. Ich weiß, daß auch andere dich lieben, daß du eine Braut hast. Was schert mich das! Ich liebe dich! Ich liebe nicht deshalb, damit auch du mich liebst, nicht, weil ich mir das Glück wünsche, nicht deshalb — ich liebe dich, ich liebe und nichts mehr. Ich brauche die Liebe, wie sie jeder Mensch braucht. Du bist mir alles. Auf die Knie falle ich vor dir und werde es dir so lange wiederholen, so aufrichtig, bis du es glaubst und selbst mich zu lieben anfängst. Wirst du? Ich kann nicht mehr heucheln, ich kann nicht mehr leben ohne dich, ohne Liebe. Ich liebe dich, du mein Einziger, du mein Herr.“

Sie sprach verworren, rasch, bewußlos. Sie hüllte sich in den Mantel und warf ihn wieder ab, rückte von Vorowiecki weg und umarmte ihn wortlos wieder. Vor Glück strahlend, preschte sie sich an ihn und küßte ihn.

Von diesem wahnsinnigen Ausbruch der Leidenschaft gepackt, bezaubert von der großen und brennenden Liebe, von der Stimme, die ihn glühend durchdrang, und den Küssen, die ihn betäubten, ließ sich Vorowiecki von seinem Temperament fortreißen und raste wie sie.

Ihre Küsse gab er ihr so toll zurück, daß sie in seine Arme wie tot zurückfiel.

„Ich liebe dich, Lucy, ich liebe!“ wiederholte er und wußte selbst nicht, was er sagte.

„Sprich nicht, küsse mich, sprich nicht, küsse mich“, rief sie in höchster Verzückung.

Ihre Stimme brach sich und dröhnte und schluchzte in unjagbarer Liebe, und sang das glühendste Lied der Liebe.

„So gefehlt habe ich mich nach diesem Augenblick, so viele Monate hab' ich dich begehrt, so viele Jahre auf dich gewartet, so gelitten habe ich. Küsse mich! . . . Fester . . . Fester . . . Ach! gern würd' ich jetzt sterben.“ schrie sie wild.

(Fortf. folgt.)



